

# PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 4/08

[www.oeh.ac.at/progress](http://www.oeh.ac.at/progress)

## Wild

Geht es zu beim „Bock Ma's“.  
Festival für die gute Sache

## Brav

Solltest du sein, wenn du nicht  
von der FH fliegen möchtest

## Schlimm

Sind Hürden für behinderte  
Studierende

## Zahm

Sollten die MitarbeiterInnen  
von EU-Abgeordneten sein

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545 M | EURO 0,73

# Auf der Flucht

## Ursachen und Folgen des Klimawandels



[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)



# PROGRESS lesen heißt abonnieren

Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert dir dein ganz eigenes Heft, frisch aus der Druckerei.

Mehr auf [www.oeh.ac.at/progress](http://www.oeh.ac.at/progress)

»Take your chance!«

**inits**  
INNOVATION INTO BUSINESS

**INiTS AWARD 2008**

**GEWINNEN SIE BIS ZU Euro 2.000,-**

Der Award für innovative Diplomarbeiten und Dissertationen mit der Chance auf kommerzielle Verwertung.

Prämiert werden die besten Ideen von StudentInnen und AbsolventInnen der Wiener Universitäten und Fachhochschulen.

**EINREICHFRIST: 31. JULI 2008**  
[www.inits.at/award](http://www.inits.at/award)

**INTERESSIERT?**  
[www.inits.at/award](http://www.inits.at/award)  
events@inits.at  
T. +43-1-715 72 67

kapsch CSC Bayer NIB-B FREQUENTIS CP Microsoft AplusB

**ÖBB**  
Du am Zug

**www.the TRIP.at**

First Life Game.

**ÖBB SOMMERTICKET**  
Für alle <26

**19,- / 49,-**

**PLAY and WIN**

\*Mit VORTEILScard <26; € 19,- <20 Jahre; € 49,- <26 Jahre. Gültig in der 2. Klasse auf allen Strecken der ÖBB (ausgenommen Privatbahnen, Zahnradbahnstrecken und Sonderverkehre) von 01.07. bis 31.08.2008; Sa, So und Feiertag 0-24 h, werktags 8-24 h; österreichweit.

## Cover

**4 „Globale Gefahren stiften globale Gesellschaft“**  
Ursachen und Folgen des Klimawandels als internationale politische Herausforderung.

**5 Sehr unbekannt Situation**  
Warum die Forderung nach einem Menschenrecht zeitgemäß aber nicht durchsetzbar ist.

### 6 Menschenrechte und Umwelt



Ein Bericht vom internationalen Menschenrechtsforum in Luzern versucht Zusammenhänge aufzuzeigen.

## ÖH/Studieren

**8 (Un)behindert Studieren**  
Wie barrierearm sind Österreichs Universitäten? PROGRESS hat nachgefragt.

### 9 Wann, wenn nicht jetzt?



Österreich verfehlt das Kyoto-Ziel um Längen, PolitikerInnen ergießen sich stattdessen in leeren Populismen. Warum die Energiewende nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist.

**10 Kunstgriff Zulassung**  
Ausländische Studierende haben es an österreichischen Unis schwer. Nun wird ihnen der Zugang zumindest ein kleines bisschen erleichtert.

### Palmen oder Büffeln

Wer während des Semesters nicht genug bekommt kann im Sommer weiterstreben - mit dem nötigen Kleingeld.

**11 Gnade vor Recht**  
Die FHs sind in die ÖH integriert, Transparenz und Demokratie bleiben oft Fremdworte.

**12 Pinnwand. Service, das hilft.**

## Politik

**14 Abgeordneten untergeordnet**  
Ein Praktikum im EU-Parlament kann spannend sein - oder langweilig. Oft ist die Entlohnung minimal oder nicht vorhanden.

### 15 Alles arrangiert



Die Wahl in Russland brachte keine Überraschungen. Putin hat sich seinen Einfluss auch für die Zukunft gesichert. Ein Stimmungsbericht aus Moskau schildert die Gemütslage der RussInnen.

**16 Schluss mit halblegal**  
Die Zeiten Wiens als Metropole des Tapetenkleisters sind vorbei. Der öffentliche Raum gehört privaten Unternehmen.

**17 Die Zivilisierung des Körpers**  
Das Phänomen *Essen* im kulturwissenschaftlichen Diskurs.

**18 Wichtige Zeugen**  
Österreichs Nachkriegsjustiz war besser als ihr Ruf. Über den Umgang mit Nazi-VerbrecherInnen.

## Kultur

**20 Mehr Schein als Sein**  
Warum es hip ist Bücher zu kaufen, nicht aber zu lesen. Der feine Unterschied zwischen gebildet wirken und sein.

**21 Dieseits von Mauschwitz**  
Ein Comic über den Holocaust? Ja geht denn das? Art Spiegelmans „Maus“ brach mit Tabus. Nun ist eine Neuauflage der berührenden *graphic novel* erschienen.

### 21 Hitler the Hilarious



*Die Deutsche Kochschau, The Producers* - Lachen über Hitler ist in. Über die zwei Arten des Lachens, und warum es möglicherweise das falsche ist.

**22 Fest mit Sturschädel**  
Mit dem Schlachtruf *Bock Ma's* kommen sie im Salzkammergut zusammen. Zum Feiern. Und für einen guten Zweck.

## Dossier



Der Kinderwunsch wirft im 21. Jahrhundert jede Menge Fragen auf. Noch lange nicht alles, was theoretisch möglich ist, ihn zu erfüllen, ist gesetzlich auch erlaubt. Von Fortpflanzungsmedizin und Adoptionsrecht handelt dieses Dossier ebenso, wie vom Geschäft mit dem Kinderwunsch und vom Thema Behinderung und Reproduktion.

**24 Wie sich Österreich zeugt**  
Mann, Frau, Hochzeitsnacht, Nachwuchs. Oder? Über die „natürliche“ Fortpflanzung hinaus lässt die österreichische Gesetzeslage Nachwuchs nur sehr restriktiv zu.

**25 Der Wert des Lebens**  
Eugenik ist keine Erfindung des Nazi-Regimes. Es gibt eine Vorgeschichte und eine Fortsetzung.

**26 Verkaufsschlager Wunschkind**  
Wer selbst keine Kinder kriegen kann, ist auf andere Mittel angewiesen und so entsteht anderswo ein Markt für die Ware Kind.

**27 „Es wird immer mehr selektiert“**  
Ursula Naue, Expertin für *Disability Studies* sprach mit PROGRESS über Reproduktion im Kontext mit Behinderung.

**28 Relikt im Strafgesetzbuch**  
Religiöser Auftrag, staatspolitische Verpflichtung, Straftat: die Kulturgeschichte des Inzest.

**29 Die Technisierung der Fortpflanzung**  
Künstliche Befruchtung gehört heute zu den Standardverfahren in der Medizin, doch das war nicht immer so.

**30 Cartoon. LeserInnenbriefe.**

# Editorial

## Pause

Also, das ist sie, die letzte Ausgabe für dieses Semester. Das hat sich auch bei uns bemerkbar gemacht. Inmitten der Prüfungshölle tauchen plötzlich auch noch allerorts sommerliche Lebenskrisen auf, die für gehörige Motivationsprobleme und Konzentrationsschwierigkeiten sorgen. Aber gut. Trotz alledem – wir sitzen hier, ein Ende ist in Sicht.

Das Heft selbst hat natürlich wieder einiges zu bieten. Zum Beispiel ein Dossier zum Thema Biopolitik, das sich lesen lassen kann. Zentrale Frage ist wer in Österreich Kinder kriegen darf und soll. Sind – auch in Anbetracht des Rückgangs der Geburtenrate – wirklich alle Kinder erwünscht? Sind überhaupt alle Eltern erwünscht? Auf welche Mittel können, dürfen, sollen Menschen, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können, zurückgreifen? Zu diesen und vielen anderen Fragen fördern unsere Dossier-AutorInnen Interessantes zu Tage.

Anderswo liegen die Dinge einfacher: aus ÖH/Uni wurde ÖH/Studieren. Denn immerhin ist dies die erste PROGRESS-Ausgabe, die auch an Fachhochschulstudierende geht. Drei von ihnen befassten sich zum Beispiel gleich damit, warum es so verdammt einfach ist, Leute aus der FH hinauszuprüfen.

Im Politik-Teil erzählen zwei mehr oder weniger frustrierte Praktikanten, wie es so ist sich von EU-ParlamentarierInnen ausbeuten zu lassen.

Im Kultur-Teil fragen sich zwei Autorinnen aus unterschiedlichen Anlässen, ob man über Hitler lachen darf. Zudem setzen wir uns damit auseinander, warum in Wien der öffentliche Plakatraum exklusiv von privaten Unternehmen bewirtschaftet wird.

Das Coverthema beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Zusammenhängen zwischen Menschenrechten und Umwelt. Zum Beispiel: Zunehmend spürbare Auswirkungen der weltweiten Umweltzerstörung ziehen neue globale Lösungsvorschläge nach sich. Nicht ganz soweit entfernt wie deren Umsetzung ist der Sommer.

Mit unbändiger Vorfreude darauf und auf ein herbstliches Wiederlesen grüßt,

die PROGRESS-Redaktion

# „Globale Gefahren stiften globale C

Die Gefahr, von der hier die Rede ist, geht vom Menschen aus. Die Natur und ihre Ressourcen zu nutzen, bedeutet spätestens seit der Industrialisierung zunehmend, sie zu verschmutzen und zu zerstören. Weltweit erzeugen und erleiden Menschen Klimawandel. Der Umgang mit den Ursachen wie den Folgen stellt neue Herausforderungen an die internationale Gemeinschaft.

ISABELLA WEISS

**A**usbeutung der Natur und mangelnder Umweltschutz haben keineswegs nur den Klimawandel zur Folge. Der sogenannte *Earth Summit* der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro war eine Bestandsaufnahme der vorrangigsten Gefahren für den Fortbestand des Planeten. Zu diesen gehört neben der bedrohten Artenvielfalt und der fortschreitenden Wüstenbildung auch der Klimawandel. Was macht dabei den Klimawandel zu jenem Aspekt der Umweltzerstörung, der neben den auf abgedrifteten Eisschollen verendende Eisbärenbabys am stärksten in unseren Köpfen haften geblieben ist? Er macht sich hauptsächlich als globale Erwärmung bemerkbar und diese ist die bisher einzige identifizierte (Haupt-)Ursache für die erwähnten Gefahren und für scheinbar plötzlich auftretende Naturkatastrophen bisher ungekannten Ausmaßes.

**Unzurechenbare Schuld.** Naturkatastrophen eignen sich hervorragend für die mediale Ausschlichtung, auch aufgrund der globalen Betroffenheit, die sie zum weltweit konsumierten Tagesthema machen. Der Schaden, der von ausgestorbenen Froscharten ausgeht, lässt sich schwer beziffern und ist ebenso wie jener, den die fortschreitende Desertifikation mit sich bringt, lokal begrenzt. Noch, oder zumindest wirkt es so. Denn was kümmert es den chinesischen Großfabrikanten oder die österreichische Konsu-

mentin, wenn das eine oder andere Glied in der Nahrungskette fehlt oder HirtennomadInnen ihren fruchtbaren Weiden über Jahre und Jahrzehnte hinweg beim Veröden zusehen müssen? An sommerliche Hitzerekorde und Jahrhundertüberschwemmungen in Europa und anderswo aber können wir uns alle erinnern.

Die Medientauglichkeit dieser Massenschicksalsschläge bewirkt, dass langsam in die Köpfe der ErdenbürgerInnen sickert, was der Soziologe Ulrich Beck mit dem Begriff *Weltrisikogesellschaft* zu fassen versucht: „Schäden verlieren ihre räumliche Beschränkung – sie sind global und nachhaltig; Schäden sind kaum mehr bestimmten Verantwortlichen zuzuschreiben – das Verursacherprinzip verliert an Trennschärfe; Schäden können auch nicht mehr finanziell kompensiert werden“.

Schuldige sind also gleichzeitig auch Leidtragende des Klimawandels. Ein unlösbares Dilemma, zumindest, wenn man auf der Ebene individueller Schuldzuweisungen und Betroffenheitsfeststellungen verbleibt. „Individuell“ meint dabei nicht nur einzelne Menschen, sondern als Gruppen handelnde Einheiten, wie etwa Regierungen, Unternehmen, KonsumentInnen und lokale Gemeinschaften. Wenn individuelle Schuldzuweisungen nicht greifen, bleibt nur noch, die Beteiligten pauschal zur Verantwortung zu ziehen.

**Ursachen vermeiden.** Der Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub> ist die Hauptursache des Klimawandels. Die Devise lautet also, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, das globale ideologische Bindemittel dazu

heißt Nachhaltigkeit. Die drei weltweit größten CO<sub>2</sub>-ProduzentInnen sind die Energiewirtschaft, gefolgt von Industrie und Verkehr. In den Industrieländern rangieren hingegen die privaten Haushalte unter den drei größten EmittentInnen. Das heißt, sie verursachen dort einen weitaus höheren Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß als in Entwicklungsländern.

Das relativ junge Konzept der Nachhaltigkeit tauchte erstmals in den 1970er Jahren auf, nicht umsonst im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Fragestellungen. Klimaschutz als Ziel der Nachhaltigkeit ergibt nur global Sinn, denn der Treibhauseffekt ist nicht an die Orte seiner Entstehung gebunden. Der gleichzeitige Anspruch, die (industriellen) Entwicklungschancen der Zweit- und Dritt-Welt-Länder zu wahren, zeigt den mitunter auftretenden Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung auf. Industrielle Produktionsverfahren (bei denen viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird) verursachen Umweltschäden und damit Folgekosten. In der betriebswirtschaftlichen Literatur sind diese als „externe Kosten“ bekannt. Werden Produktionsunternehmen nicht dazu gezwungen, diesen Kostenfaktor einzukalkulieren, ist es für sie ökonomisch nicht sinnvoll, auf umweltschädigende Produktionsweisen zu verzichten. Dieses Anreizproblem versucht etwa der weltweite Handel mit sogenannten Emissionszertifikaten in den Griff zu bekommen.

**Nachhaltig verzichten.** Wenn Nachhaltigkeit mehr als eine zivilgesellschaftliche Beschäftigungstherapie sein soll, darf sie nicht nur auf (betriebs)wirtschaftlicher Ebene angestrebt werden. An Bekenntnissen und Ansätzen zu „nachhaltigen“ Trendwenden mangelt es nicht. Die Energiewende etwa steht auch ohne grüne Regierungsbeteiligung in den Regierungsprogrammen vieler Länder. Konzepte wie das des „ökologischen Fußabdrucks“, der den individuelle Ressourcenverbrauch jedes Menschen errechnet, dienen der Bewusstseinsbildung der KonsumentInnen; Energiesparlampen, Wärmedämmung und Solarenergie gehören in den Industrienationen

fast schon zur Standardausrüstung vieler Haushalte.

Weniger gern wird darüber gesprochen, dass Wachstum und Fortschritt Grenzen haben. Nicht alle Menschen, nicht einmal die BewohnerInnen von Schwellenländern, werden jenen Lebensstil führen können, den die Menschen in der „ersten Welt“ heute führen. Dazu bräuchte es drei bis fünf Planeten Erde. Schuld daran ist nicht etwa die Überbevölkerung – laut des Globalisierungskritikers Jean Ziegler könnte die Erde mit den aktuellen landwirtschaftlichen Produktivkräften mehr als zwölf Milliarden Menschen ernähren. Es ist scheinheilig, von Überbevölkerung zu sprechen und Hunger als unausrottbares Weltübel zu akzeptieren, aber gleichzeitig die vorhandenen Ressourcen weiterhin ungerecht zu verteilen.

**Folgen verkraften.** Dabei sind es nicht die natürlichen Ressourcen selbst, die ungleich verteilt sind, sondern die damit einhergehenden Produktions- und Konsummöglichkeiten. Damit ist auch die Verursachung des Klimawandels, der auf Produktion und Konsum zurückzuführen ist, ungleich verteilt. Doch auch die Betroffenheit durch seine Folgen ist ungleich verteilt. Damit stellen sich neue Herausforderungen an die internationale Staatengemeinschaft. In beiden Fällen der ungleichen Verteilung geht es um Fragen der Gerechtigkeit und der internationalen Ordnung.

Bei den Debatten schwingt oft unausgesprochen die Sorge um die Einhaltung der Menschenrechte mit. Dabei geht es etwa um das Recht auf Entwicklung, das sich aus der Gesamtheit aller Menschenrechtsübereinkommen ableiten lässt. Oder um das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und das Wohl der Familie ermöglicht (Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Dieses Recht schließt Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen mit ein.

Die Folgen des Klimawandels erweitern den Menschenrechtsdiskurs um eine neue Dimension. Wir können nicht voraussehen, wann, wo und in welchem Ausmaß die Folgen der globalen Erwärmung ▶



# Gesellschaft“



► eintreten. Das können die BewohnerInnen überschwemmter Küsten in Bangladesh ebenso sein, wie Hurrikanopfer am Golf von Mexiko, Hitzetote in Mitteleuropa oder HirtennomadInnen ohne Weideflächen in Nordafrika (vgl. das Interview auf Seite 5). Doch es gibt Länder und Regionen, die aufgrund der Verfassung ihrer Volkswirtschaften, ihrer Sozialsysteme, ihres Rechtswesens, ihrer Verwaltungsinfrastruktur und ihrer finanziellen Mittel mit den Folgen besser umgehen werden können, als andere.

**Ökologische Menschenrechte.** Das Bewusstsein um diese Bedrohungsszenarien ruft ökologisch-menschenrechtliche Bewegungen auf den Plan. Einige der Ansätze, wie etwa jener von Greenpeace, lassen sich als Ökologisierung der Menschenrechte bezeichnen: „Dieser Ansatz versucht die Philosophie der Menschenrechte mit ökologischen Grundsätzen zu verbinden. Menschenrechte – wie die Rechte auf menschliche Würde, Freiheit, Eigentum und Entwicklung – müssen auf die Tatsache reagieren, dass der Einzelne nicht nur in einer politischen und sozialen, sondern auch in einer natürlichen Umgebung agiert. So wie jede Person den ureigenen Wert aller Mitmenschen respektieren muss, so gilt es auch den ureigenen Wert der Tiere, Pflanzen und Ökosysteme auf diesem Planeten zu respektieren.“

Wird der – nicht näher definierte – „ureigene Wert“ durch die ökologische Zerstörung zunichte gemacht, schränkt das folglich die Möglichkeit der Inanspruchnahme der erwähnten Menschenrechte ein.

Radikaler ist die Forderung nach einem Menschenrecht auf gesunde oder intakte Umwelt. Bis jetzt gibt es ein solches Menschenrecht nicht. Wegen der begrifflichen Unschärfe wäre es auch schwer ►

## Sehr unbekannte Situation

**Seit längerem gibt es die Forderung nach einem Menschenrecht auf eine intakte Umwelt. Unabhängig von der Verwirklichung eines solchen Rechtes wirft das Thema einige Fragen auf. PROGRESS hat Martina Fischer-Kowalski um Antworten gebeten.**

**PROGRESS:** *Haben Menschen das Recht auf eine intakte Umwelt, und wenn ja, warum?*

**MARTINA FISCHER-KOWALSKI:** Die Schwierigkeit fängt damit an: was ist eine intakte Umwelt? Bei Menschenrechten handelt es sich letztlich um Rechte, die im Streitfall auch eingeklagt werden könnten. Und daher müssen sie präzise genug sein, damit man sie überhaupt identifizieren kann. Das kann ich mir bei einer intakten Umwelt nicht vorstellen.

*Was steckt hinter der Forderung auf ein Menschenrecht auf intakte Umwelt?*

So wie sich in den aktuellen Menschenrechten die früheren Bedrohungen niederschlagen, durch Sklaverei und Vertreibung und Beraubung von Freiheit und Folter, schlägt sich in dieser Forderung natürlich auch eine reale Bedrohung nieder, die wir im Moment deutlich politisch spüren. Eigentlich ist diese Bedrohung natürlich nicht neu, aber sie ist im Moment ein politisches Thema. Besonders heikel und schwierig zu beantworten, ist das im Falle des Weltklimas. Hier haben wir es mit einer Bedrohung zu tun, wo es zwar einen Verursachungsprozess gibt, der einigermaßen identifizierbar ist, aber eine Wirkungskette, die unglaublich lang ist, die über Jahrhunderttausende reicht, und deren Folgen im Einzelnen nicht vorhersagbar sind. Also, wenn der Meeresspiegel steigt, werden Küsten überschwemmt, und welche Küste genau, das ist dann sozusagen höhere Gewalt. Ich verstehe zwar, dass im Lichte der gegenwärtigen Bedrohungen eine solche Forderung erhoben wird, ich halte sie allerdings für keine wirksame Waffe.

*Was sagen Sie zum Phänomen der Klimaflüchtlinge, welche Lösungsansätze gibt es da?*

Migration ist sozusagen eine Zweitfolge von Umweltkatastrophen. Klimaflüchtlinge wird man aber immer

nur als solche identifizieren können, wenn es sich um gravierende, relativ plötzliche Veränderungen handelt, die eine größere Bevölkerungsmenge treffen. Also wenn die Küsten von Bangladesh überschwemmt werden, oder wenn die südliche Mittelmeerküste vollkommen desertifiziert wird, vielleicht. Und da wird es irgendwie Anerkennungsverfahren dafür geben müssen.

*Die es aber momentan nicht gibt?*

Die gibt es im Moment nicht, sondern wir haben diese Differenz zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Flüchtlingen vor politischer oder religiöser Verfolgung. Klimaflüchtlinge werden in diesem Graubereich zwischen Verfolgung und Wirtschaftsflüchtlingen eine eigene Position einnehmen. Ich glaube, dass man dafür wirklich explizite Regelungen machen müssen. Also wenn es in Holland nicht mehr möglich ist, die Deiche zu halten, dann wird die Hälfte der Holländer einen anderen Ort auf dieser Welt finden müssen, um jetzt einmal nicht den typischen 3.Welt-Fall zu erwähnen. Und dann wird es darüber ganz neuartige Territorialverhandlungen geben müssen.

Also das ist eine uns bisher wirklich sehr unbekannt Situation. Schon für die Kategorie Wirtschaftsflüchtling gibt es die problematische Frage: Wie existenzgeschädigt muss man sein, damit man das Recht hat, woanders Unterschlupf zu finden? Dafür werden wir sowieso eine neue Lösung finden müssen, und das wird möglicherweise dann diese Klimaflüchtlingsfrage mit einschließen, oder auch zu der hinüberführen.

*Marina Fischer-Kowalski ist Leiterin des Instituts für Soziale Ökologie in Wien, Teil der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Alpen-Adria-Universität.*

*Das Interview führte Isabella Weiss.*



► durchsetzbar, so Marina Fischer-Kowalski, Expertin für Soziale Ökologie: „Was zu vielen Missverständnissen zwischen der ‚Ersten‘, der ‚Zweiten‘ und der ‚Dritten Welt‘ Anlass gibt, ist, dass sich die ‚Erste‘ und ‚Zweite Welt‘ unter einer intakten Umwelt in erster Linie eine Umwelt vorstellt, von der keine Gesundheitsgefährdungen für Menschen ausgeht. Während sich die Menschen der ‚Dritten Welt‘ unter einer intakten Umwelt, und das sind circa zwei Drittel der Weltbevölkerung im Augenblick, eine Umwelt vorstellen, von der sie leben können.“

**Globalisiertes Schicksal?** Die ökologisch-menschenrechtlichen Bewegungen stoßen – unabhängig davon, wie durchsetzbar sie sind – eine wichtige Diskussion an. Denn der Klimawandel ist zum Teil bereits eingetreten, es reicht nicht mehr, die Ursachen zu vermeiden. Wenn ein Erdteil von einer schleichenden oder plötzlichen Umweltkatastrophe heimgesucht wird, die wahrscheinlich auf die weltweit produzierte globale Erwärmung zurückzuführen ist, wer wird sich dann um die betroffenen Menschen und Regionen kümmern? Wo werden so genannte Umweltflüchtlinge, derer es Schätzungen zufolge bereits heute zwischen 50 und 150 Millionen gibt, Unterschlupf finden? Wer wird die zerstörten Regionen wieder aufbauen oder zumindest nach der Katastrophe aufräumen? Wo wird das Geld dafür herkommen? Was mit diesen Fragen auf die internationale Gemeinschaft zukommt, hält Marina Fischer-Kowalski für eine „bisher unbekannt Situation“. Unbekannt ist nicht etwa, dass, wie Ulrich Beck sagt, Gefahren Gesellschaft stiften, Unbekannt ist vielmehr, dass – mehr oder weniger jenseits weltweiter Ungleichheiten – die Gefahren eine globale Schicksalsgemeinschaft begründen, in der das Schicksal ebenso menschengemacht ist, wie die Möglichkeit, ihm zu entrinnen. ◀

Isabella Weiss studiert Sozioökonomie in Wien.

## Menschenrechte und Umweltschutz

**Die simple Antwort bei Umweltschutz lautet: Alle sind verantwortlich. In der Realität heißt das: alle außer mir. Ein Bericht vom internationalen Menschenrechtsforum in Luzern.**

GREGOR JOHAM

**D**as internationale Menschenrechtsforum stellt an sich selbst den Anspruch, die Menschenrechtsdebatte nachhaltig weiterzuführen, indem es den verschiedenen AkteurInnen ein Forum bietet, um gemeinsam an einem aktuellen Thema im Bereich Menschenrechte zu arbeiten.

**Prominent besetzt.** Beim diesjährigen internationalen Forum für Menschenrechte in Luzern im April ging es um Menschenrechte und Umweltschutz. Geladen waren, neben VertreterInnen aus der Schweiz, auch internationale Prominenz im Bereich Menschenrechte und Umweltschutz, die auch in den Schweizer Tageszeitungen kräftig für Schlagzeilen sorgte. Am Podium, saß etwa die Vorstandsvorsitzende von Greenpeace, Lalita Ramdas, und der Direktor des *Zentrums für Menschenrechte und Umwelt* (CEDHA), Jorge Daniel Taillant.

**Differenziertes Themenspektrum.** Die Bandbreite der Themen reichte von der Diskussion über die Gerichtsbarkeit international tätiger Unternehmen, über die Zukunft so genannter „green technologies“, bis hin zur Möglichkeit des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt. Bedrohungs- und Konfliktszenarien gab es reichlich zur Auswahl: der bereits spürbare Mangel an Nahrungsmitteln und Süßwasser, die zur Neigehenden fossilen Brennstoffe, wie auch die Verknappung menschlichen Lebensraumes durch Klimawandel

und Umweltschäden. Gerade letzteres Problem macht die Anerkennung von Umweltschäden als Grund für Migration zur Notwendigkeit.

**Zwischen Hoffnung und Verzweiflung.** Die Diskussionen nach den Vorträgen waren des öfteren hin- und hergerissen zwischen völliger Resignation vor dem drohenden Zusammenbruch des Klimas, der Wirtschaft, ja sogar der Gesellschaft und Durchhalte-Parolen: Nur wir selbst sind dafür verantwortlich, etwas zu unternehmen. Die ernüchternde Feststellung, dass es zwar Resolutionen und Initiativen zuhauf gibt, aber keine Möglichkeiten diese auch umzusetzen, ließ dann aber wieder an der aufkommenden Zuversicht zweifeln. Letztlich befassten sich die anwesenden JuristInnen in ihren Plädoyers mehr mit dem juristischen Aufräumen nach den großen Klima-Katastrophen, als mit der Frage, wie ein Menschenrecht auf eine saubere Umwelt vorab realisiert werden könnte. Denn ein direktes Recht auf eine saubere Umwelt gibt es in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte nicht. Vielmehr wird ein solches Recht aus mehreren anderen Artikeln der Menschenrechtskonvention abgeleitet.

Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt: Zumindest 109 nationale Verfassungen besitzen schon ein solches Recht auf Umweltschutz. „Wir sind alle verantwortlich für unsere Umwelt“, darf nicht zur hohlen Phrase verkommen. ◀

Gregor Joham studiert Informationsmanagement und Informatik in Klagenfurt und ist Referent für Internationale Angelegenheiten der ÖH Bundesvertretung.

Foto: hmdw & HTU



Aktzeichen in der Straßenbahn? Die *Woche der freien Bildung* machte es möglich. Von 26. bis 30. Mai brachten HochschülerInnenschaften in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Wien ihre jeweilige Universität in den öffentlichen Raum. Mehr dazu auf [www.freie-bildung.at](http://www.freie-bildung.at).

## Ein Stein weniger

### Kommentar des Vorsitzteams

Studierenden aus Nicht-EWR-Ländern wird das Leben in Österreich alles andere als leicht gemacht. Zukünftig wird es für viele von ihnen am Beginn des Studiums eine wichtige Erleichterung geben: Bisher mussten Studierende, die in Österreich ein Musik-, Kunst- oder Sportstudium beginnen wollten, zum Eignungstest einreisen, dann wieder ausreisen und nach Vorliegen der Ergebnisse von ihrem Heimatland aus einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung stellen. Besonders drastisch stellte sich die Situation für jene Studierenden dar, welche in ihrem Heimatland keine österreichische Vertretungseinrichtung haben und deshalb in eines der Nachbarländer reisen mussten. Hier war oft sogar die Einholung eines zusätzlichen Visums für dieses Land nötig. Hinzu kam, dass Studierende oft monatelang in ihrem Heimatland warten mussten bevor sie für ihr Studium wieder nach Österreich kommen durften. Dass dann das erste Semester oft schon verloren war, machte die Prozedur nicht nur schikanös, sondern geradezu widersinnig.

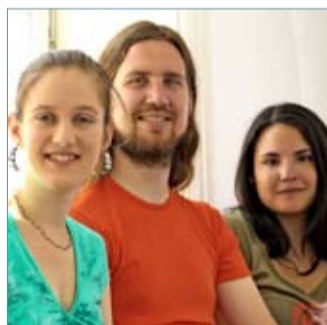
Ab sofort ist es durch die Erteilung einer „bedingten Zulassung“ seitens der Universitäten allerdings möglich, bereits vor der ersten Einreise nach Österreich zum Zweck des Eignungstests einen entsprechenden Aufenthaltstitel zu bekommen. Die Aus- und Wiedereinreise entfällt für

sie damit. Der Trick: Die Universität bestätigt mit der „bedingten Zulassung“, dass die oder der Studierende zugelassen wird, sofern sie oder er den künstlerischen beziehungsweise körperlich-motorischen Eignungstest besteht.

Diese Verbesserung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Studierende aus Nicht-EWR-Staaten nach wie vor unnötig diskriminiert werden. Sie müssen zum Beispiel regelmäßig mehrere tausend Euro auf ihrem Konto nachweisen und haben keine Arbeitserlaubnis. Die geplante Einführung der Freigabe der Studiengebühren für sie wird ebenfalls eine massive Verschärfung ihrer Situation bedeuten. Und ein Wermutstropfen bleibt auch bei der „bedingten Zulassung“: Studien, welche nach § 124 b des Universitätsgesetzes beschränkt sind (Medizin, Psychologie, Veterinärmedizin, Zahnmedizin, BWL sowie Publizistik), sind davon dezidiert ausgenommen.

v.l.n.r.

Verena Czaby (GRAS)  
Hartwig Brandl (FLÖ)  
Lisa Schindler (VSSÖ)



### HELPPWARE

## Psychologische Studierendenberatung

Probleme im Studium? Noch nicht sattelfest was die Studienwahl betrifft? Alle Studierenden in Österreich und alle Studieninteressierten können bei Fragen zum Studium und zur Studienwahl die Dienste der *Psychologischen Studierendenberatung* in Anspruch nehmen. Die *Psychologische Studierendenberatung* ist eine Serviceeinrichtung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und bietet Studierenden ihre Unterstützungsleistungen kostenlos an. Auf Wunsch ist es auch möglich, sich anonym an die Studierendenberatung zu wenden.

Zu Themen wie Lerntechniken, Arbeitsverhalten oder Zeitmanagement werden fundierte psychologische und psychotherapeutische Beratungsleistungen geboten, ebenso bei Motivations-, Konzentrations- oder persönlichen Problemen. Insbesondere dann, wenn du einen Studienwechsel erwägst, bietet die *Psychologische Studierendenberatung* profunde Entscheidungs- und Orientierungshilfen – ebenso werden StudienanfängerInnen bei ihrer Studienwahl unterstützt. Die persönliche Beratung erfolgt in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt, nähere Infos und Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme findest du auf: [www.studentenberatung.at](http://www.studentenberatung.at)



ÖH-TICKER

### ÖH ist, was du draus machst!

Alle Studierenden an Österreichs Fachhochschulen bekamen in den letzten Wochen Post von der ÖH-Bundesvertretung. Außerdem sind Flyer und Plakate der ÖH-Bundesvertretung an den FH-Standorten aufgelegt worden. Das Motto der Kampagne *ÖH ist, was du draus machst!* bedeutet: Jedes ÖH-Mitglied kann alle Leistungen der ÖH in Anspruch nehmen. Alle sind ausdrücklich eingeladen, sich und ihre Ideen einzubringen und in der ÖH mitzuwirken.

### Infobroschüren neu aufgelegt

Aktuelle Informationen für Studierende zu liefern ist eine Kernaufgabe der Referate der ÖH. Die Servicebroschüren „Studieren im Ausland“, „Studieren in Österreich“, „Steuerleitfaden“, „Unterhalt für Studierende“, „Studieren mit Kind“ und „Barrierefrei studieren!“ wurden in den letzten Wochen auf den neuesten Stand gebracht und liegen nun in voller Druckfrische auf. Dein Exemplar kannst du bei deiner lokalen HochschülerInnenschaft abholen, ganz bequem über die Homepage der ÖH ([www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)) bestellen oder selbstverständlich auch einfach herunterladen.

### Neu: Kulturpass im Sozialreferat

Auch Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten haben ein Recht auf Kunst und Kultur. Deshalb gibt es seit mehreren Jahren den Kulturpass, der kostenlosen Eintritt in kulturelle Einrichtungen ermöglicht. Seit kurzem sind auch Studierende anspruchsberechtigt. Und zwar dann, wenn sie mit ihrem Sozialfondsantrag im Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung zusätzlich den Kulturpass beantragen. Wird eine Unterstützung aus dem Sozialfonds gewährt, so besteht automatisch auch Anspruch auf den Kulturpass.

# (Un)behindert Studieren

Eine Behinderung oder chronische Erkrankung kann ein Studium enorm erschweren. Einige Universitäten bieten daher spezielle Services und Förderungen für Studierende, die aufgrund ihrer Beeinträchtigungen erschwerte Studienbedingungen vorfinden. Trotzdem herrscht vielerorts noch Nachholbedarf.

ANDREAS JEITLER

Nur an einigen Hochschulen (Uni Graz, Uni und Meduni Innsbruck, Uni und Kunstuni Linz, Uni Klagenfurt, Pädagogische Hochschule Oberösterreich, Uni Salzburg, Uni Wien, TU Wien) gibt es derzeit Behindertenbeauftragte oder spezielle Servicestellen („Integriert Studieren“), die Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen beraten und unterstützen. An allen anderen Studienorten bestehen derartige Einrichtungen derzeit noch nicht.

**Rechtsanspruch auf Gleichstellung.** Rechtlich hat sich in Österreich in den letzten Jahren in diesem Bereich einiges getan. Seit 2006 gilt das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz. Dieses besagt, dass niemand aufgrund ihrer oder seiner Behinderung diskriminiert werden darf. Für die Universitäten bedeutet dies, dass Studierenden mit Behinderungen das Studium aufgrund ihrer Beeinträchtigung nicht erschwert werden darf. Andernfalls kann von den Betroffenen ein Schlichtungsantrag beim Bundessozialamt eingereicht, und in weiterer Folge auch auf Schadenersatz geklagt werden.

Eigentlich sollten Webseiten, elektronische Anmelde-systeme sowie sämtliche Lehrveranstaltungsunterlagen für alle Studierenden nutzbar, also barrierefrei zugänglich sein. Die Praxis sieht jedoch meist anders aus. Mara, Publizistik-Studierende mit Sehbehinderung aus Klagenfurt, hat vor allem Probleme durch „unzugängliche PDF-Files“ und die „mühsame Literaturlaufbereitung durch handschriftliche Notizen oder Unterstreichungen in vielen Büchern“, denn diese verhindern das automatische Erkennen von Text durch den Computer. Auch die oft zu späte Be-

kanntgabe der Literatur stellt sie vor Schwierigkeiten: „Oft fehlt mir dann die Zeit, die Texte digital aufbereiten zu lassen“. Besonders ärgerlich sei es, wenn „trotz Bekanntheit meiner Behinderung ‚Zettel‘, also Printmedien, in der LV als Arbeitsgrundlage verwendet werden“.

**Mangelware GebärdensprachdolmetscherIn.** Besonders ungünstig sieht es derzeit für gehörlose Studierende aus. Sie sind zur Kommunikation mit LV-LeiterInnen und Mitstudierenden auf GebärdensprachdolmetscherInnen angewiesen. Diese sind extrem teuer (bis zu EUR 80 pro Stunde). Wer die Kosten dafür übernimmt, ist noch immer nicht geklärt. „Ein Team von zwei GebärdensprachdolmetscherInnen begleitet mich durchs Studium. Möglich ist das durch finanzielle Unterstützung des Bundessozialamts OÖ und des Wissenschaftsministeriums. Dafür habe ich seit Studienbeginn gemeinsam mit diversen Instituten zwei Jahre gekämpft“, berichtet Sigo, ein gehörloser Student aus Linz. Sigos Erfolg ist leider ein Einzelfall.

**Ein weiter Weg.** Vor einem Jahr schickte *Uniability*, die Arbeitsgemeinschaft zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen an Österreichs Universitäten und Hochschulen, einen Vor-

schlagskatalog zur Novellierung des Universitätsgesetzes ans Wissenschaftsministerium. Das Ziel: die Schaffung einheitlicher Standards für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen an allen österreichischen Universitäten. Gefordert wurde unter anderem, dass an allen Unis Behindertenbeauftragte eingesetzt werden. Keiner der Punkte fand bis dato Eingang in das Konzept zur Novellierung des Uni-Gesetzes.

Auf der Homepage von *Uniability* findet man eine Liste der Behindertenbeauftragten und Serviceeinrichtungen der österreichischen Universitäten. Seit kurzem gibt es auch die Mailingliste *uniability2Students*, über die sich Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen austauschen können. Leider geht auch die ÖH nicht überall mit gutem Beispiel voran. Nur an den wenigsten Universitäten sind eigene Referate für Menschen mit Behinderung eingerichtet oder zumindest spezielle Ansprechpersonen benannt. Auch auf Bundesebene sucht man eine derartige Vertretung vergebens.

*Andreas Jeitler studiert Informatik und Publizistik in Klagenfurt. Er ist an der Bibliothek für die Betreuung von blinden und sehbehinderten Studierenden zuständig und Obmann des Vereins Uniability.*

[www.uniability.org](http://www.uniability.org)

Foto: Wagner



„Uni“ + „Klagenfurt“: Mit dem Zentrum für Gebärdensprache und Hörbehindertenkommunikation österreichweit führend.

## ÜberlebenskünstlerInnen

Die Bedingungen für Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sind an den einzelnen Studienorten sehr unterschiedlich. **PROGRESS** fragte Studierende, was sie sich von ihren Unis an zusätzlichen Angeboten für Menschen mit Behinderungen wünschen würden.



Mara Schellander, Klagenfurt, Publizistik, sehbehindert.

Ich wünsche mir mehr TutorInnen für die Literaturlaufbereitung, Bewusstseinsbildung bei den LV-LeiterInnen, eventuell Mobilitäts-(Orientierungs-)unterstützung (vor allem) für StudienanfängerInnen. Und ein Leitsystem, das nicht „verstellt“ wird, denn außer den baulichen Gegebenheiten ist nix fix auf der Uni.



Sigo Bachmayer, Linz, Soziologie, gehörlos.

Ich würde mir wünschen, dass mehr Gebärdensprachdolmetscher, sprich finanzielle Mittel, zur Verfügung stehen, sodass die Universitäten dafür die Verantwortung tragen. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Staat mehr Stipendien zur Verfügung stellen würde, da ich derzeit kein Stipendium beziehe.



Jasmin Treffer, Graz, Psychologie, blind.

Probleme habe ich vorwiegend beim Erfassen von Zeichnungen, Grafiken (sofern es sich nicht um Koordinatensysteme handelt) und mit dem Statistikprogramm SPSS. Ich wünsche mir vor allem mehr Kooperationsbereitschaft seitens der ProfessorInnen, wenn es darum geht, dass beispielsweise Klausuren keine Grafiken enthalten sollten.



Barbara Hager, Wien, Psychologie, gehörlos.

Es sollte eine Dolmetschzentrale an der Uni geben, und Weiterbildungsseminare in Österreichischer Gebärdensprache für gehörlose und schwerhörige Studierende. Generell müssen ProfessorInnen und Studierende noch sehr für das Thema sensibilisiert werden.



# Wann, wenn nicht jetzt?

**Die Inflation zieht an, der Ölpreis galoppiert davon, das Kyoto-Ziel wird weit verfehlt. Beim Thema Klimaschutz/Energiewende überbietet sich die österreichische Politik in kurzfristigen Populismen oder steht hilflos im Abseits. Eine Energiewende ist nicht nur ökologisch überfällig, sie macht auch ökonomisch Sinn.**

MICHAEL HERWIRSCH

**A**nfang Juni erblickte der Klimaschutzbericht 2008 das Licht der Öffentlichkeit. Der Bericht des Umweltbundesamtes zeigt Österreichs Versäumnisse in der Klima- und Energiepolitik schonungslos auf: Österreich verfehlt das Kyoto-Ziel um satte 32 Prozent. Während die Sektoren Abfallwirtschaft und Landwirtschaft den Emissionszielen recht nahe kommen, wird im Bereich Wärmedämmung/Gebäudesanierung die angestrebte Steigerung der thermischen Sanierungsrate deutlich verfehlt. Hier sei die Zielerreichung „beim derzeitigen Umsetzungsgrad der Maßnahmen [...] unrealistisch.“ Ähnliches gilt für die Bereiche Industrie und Energieaufbringung, die ohne den umstrittenen – weil ökologisch unwirksamen – Emissionshandel ihre Ziele ebenso deutlich verfehlten. Der Sektor mit der größten Zielverfehlung ist der Verkehr: Hier seien fast zwei Drittel der Maßnahmen „nicht oder nur teilweise umgesetzt“ worden. Wen wundert's, wenn sich die Bundesregierung aus kurzfristigen, populistischen Gründen primär um Pendlerpauschale und Kilometergeld sorgt, und nur einen Bruchteil dieses Volumens in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investiert?

**Peak Oil und Öloholics.** Im Zeitalter von *Peak Oil* – dem Zeitpunkt der Überschreitung des Ölfördermaximums, der von den meisten ExpertInnen zwischen 2005 und 2012 erwartet wird – ist davon auszugehen, dass bei steigender Nachfrage und einer gleichzeitigen Verknappung des Angebots auch der Preis längerfristig weiter steigen wird. Wäre es da nicht sinnvoller, Strategien zu entwickeln, um bald mit weniger Öl auszukommen, um das knapper und teurer werdende Öl effizienter zu nutzen und insgesamt vom Erdöl unabhängiger zu werden, damit wir in absehbarer Zukunft keine abhängigen *Ölobo-*

*lic*s (© W.Pekny/Plattform Footprint) mehr sind? Klare Worte findet auch das *Klimabündnis Österreich* zur Problematik des rapiden Ressourcenverbrauchs: „Derzeit verbrauchen wir an einem einzigen Tag mehr fossile Brennstoffe, als die Erde in 1000 Jahren erzeugt hat“, bringt es Klimabündnis-Geschäftsführer Wolfgang Mehl auf den Punkt. „Es kann heute nicht mehr darum gehen, ob der Mensch das Klima beeinflusst, sondern nur noch darum, inwieweit die Klimaveränderung noch minimiert werden kann“, erklärt der Klimabündnis-Chef.

**Krisensicher und kaufkraftfördernd.** Eine Energiewende ist dringend notwendig. Nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen: Der Ölpreis treibt den Preis vieler Gebrauchsgüter, die Inflation ist auf dem höchsten Stand seit 15 Jahren, die Kaufkraft sinkt. Mehr Unabhängigkeit unserer Wirtschaft vom Ölpreis würde preisdämpfend wirken. Während Österreich durch das derzeitige „Ökostrom-Behinderungs-Gesetz“ Zukunftschancen verspielt, entstehen in Deutschland oder Spanien jährlich zigtausende Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energie-Branche. Ein offensiver Ökostromausbau schafft innovative und zukunftsorientierte Jobs vor Ort, die unabhängig von der Ölindustrie oder Atomlobby sind.

Aber ist nicht der Strompreis wegen der Förderung von Ökostrom stark gestiegen? Falsch: Der Ökostrom-Zuschlag kostet einen Zwei-Personen-Haushalt (bei 2000 kWh Stromverbrauch) knapp EUR 1,20 im Monat, während die allgemeinen Energiepreissteigerungen für Heizöl, Treibstoff etc. im Vorjahr etwa EUR 24 pro Monat betragen, also rund zwanzigmal so hoch waren.

**Hainburg und Energiewende.** 1984 waren es unter anderem einige tausend Studierende, die mit wesentlicher Unterstützung der ÖH in Hainburg die Ära der rückstandslosen Großkraftwerksbetoniererei in Schutzgebieten

beendeten. Ein knappes Vierteljahrhundert später brauchen wir zwar kein zweites Hainburg, aber eine Energiewende. Ein schrittweiser Ausstieg aus fossiler Energie und der Umstieg zu mehr erneuerbarer Energie ist überfällig. Die bunte *Klimaschutz = Energiewende-Parade* am 31. Mai war ein erster kleiner Schritt in diese Richtung; die Rückverweisung der Ökostrom-Novelle in den zuständigen Ausschuss Anfang Juni der nächste. Zahlreiche weitere müssen noch folgen, damit wir auch im Energiebereich die Wende vom 20. ins 21. Jahrhundert schaffen.

Michael Herwirsch studierte Geographie in Klagenfurt.



Foto: Agenda X

ANKÜNDIGUNG

## Die queer-feministischen Tage kommen in die Stadt!

**Wieder einmal finden von 11. bis 14. September die queer-feministischen Tage statt, dieses Jahr in Wien. Durch eine abwechslungsreiche Reihe von Veranstaltungen soll die Vielfalt und Wandelbarkeit von Identitäten aufgezeigt werden.**

Die queer-feministischen Tage wurden letztes Jahr in Berlin von einer Gruppe engagierter Menschen veranstaltet. Dieses Jahr haben begeisterte TeilnehmerInnen von damals dieses Konzept in Wien wieder aufgegriffen. Nun arbeitet ein Organisationsteam, das sich aus VertreterInnen verschiedener Organisationen und engagierten Privatpersonen zusammensetzt, an der Adaption der queer-feministischen Tage für Wien.

Es ist ein Anliegen dieses Projekts, nicht nur für Menschen aus dem universitären Umfeld offen zu sein. Menschen aus allen möglichen Lebenswelten und Kulturen, mit verschiedenen Hintergründen und Identitäten, sol-

len hier die Möglichkeit haben, sich zu begegnen und sich selbstbestimmt mit queeren, feministischen und antirassistischen Ideen auseinanderzusetzen.

Besonders aber soll durch die queer-feministischen Tage ein Raum geöffnet werden, der eine Art des Lernens ermöglicht, die nicht auf hierarchischen Strukturen basiert, wie er sonst existiert – besonders an der Universität. Es wird Vorträge und Workshops geben, jedoch wird Wert darauf gelegt, Machtgefälle zwischen Lehrenden und Lernenden aufzubrechen, sodass alle von allen lernen können, ohne dass Einzelne das Wissen allein für sich beanspruchen. In diesem Sinne ist auch eine sehr große Bandbrei-

te an Veranstaltungen geplant: Es wird gelernt, gefeiert, Kunst geschaffen, Aktionismus betrieben und vieles mehr.

Natürlich sind alle interessierten Menschen dazu eingeladen, sich an der Organisation zu beteiligen, eigene Workshops und Veranstaltungen anzumelden oder kreative Ideen aller Art beizusteuern. Informationen zu den Organisationstreffen und sonstigen Terminen gibt es auf der Homepage.

reb

[www.queerfemtagewiensind.org](http://www.queerfemtagewiensind.org)  
[www.queerfemtagesind.org](http://www.queerfemtagesind.org)  
[qft@queerfemtagesind.org](mailto:qft@queerfemtagesind.org)

# Kunstgriff Zulassung

Die Universitäten haben nun die Möglichkeit, ihren ausländischen Kunst- und Sportstudierenden die schikanöse Aus- und Wiedereinreise zwischen Zulassungsprüfung und Studienstart zu ersparen.

KATHARINA FALLMANN

Einer der widersinnigsten Auswirkungen des Fremdenrechtspakets von 2006 ist jetzt der Giftzahn gezogen: Wenn die Uni eine so genannte „bedingte Zulassung“ ausspricht (das bedeutet eine Zulassung zum Studium unter der Bedingung, dass innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes die Prüfung über die künstlerische bzw. körperlich-motorische Eignung bestanden wird), müssen in Zukunft betroffene Studierende nicht mehr nach der Zulassungsprüfung in ihr Herkunftsland zurückreisen, um dort den Antrag auf eine Aufenthaltsbewilligung zu stellen und die Genehmigung abzuwarten. Dies war notwendig, weil StudienwerberInnen aus zahlreichen Nicht-EWR-Staaten nicht mehr zur so genannten „Inlandsantragsstellung“ berechtigt sind.

**Kleines How-To.** Ganz simpel ist das Procedere nach wie vor nicht:

1. Der/die StudienwerberIn reicht wie bisher vom Heimatland aus alle Unterlagen an der Universität ein und meldet sich zur Zulassungsprüfung an. Die Uni kann nun (muss aber nicht) eine „bedingte Zulassung“ ausstellen.
2. Der/die StudienwerberIn stellt den Antrag auf Aufenthaltsbewilligung, anders als bisher, bereits vom Heimatland aus. Dabei genügt es, den Bescheid

über die bedingte Zulassung, eine gesicherte Unterkunft und einen gesicherten Unterhalt für das Leben in Österreich vorläufig nur „glaubhaft zu machen“, aber noch keinen direkten „Nachweis“ zu erbringen, also z.B. durch Vorvertrag oder Anmeldung für ein Studierendenwohnheim bzw. Dokumente über ein Konto mit entsprechendem Guthaben.

**Visum trotzdem nötig.**

3. Sobald über die Aufenthaltsbewilligung ebenfalls „bedingt“ positiv entschieden ist – bedingt deshalb, da ja einige endgültige Nachweise noch ausständig sind –, muss ein Visum beantragt werden. Damit geht's dann zur Zulassungsprüfung an die österreichische Uni.
4. Nach bestandener Prüfung führt der letzte Schritt zur zuständigen Aufenthaltsbehörde, wo gegen Vorlage der (nun fixen) Nachweise über bestandene Zulassungsprüfung, gesicherte Unterkunft und gesicherten Unterhalt schließlich die Aufenthaltsbewilligung persönlich in Österreich abgeholt werden kann (zu beachten: binnen sechs Monaten nach Entscheidung über die Aufenthaltsbewilligung sowie innerhalb der Gültigkeit des Visums). Besteht der/die StudienwerberIn die Prüfung nicht, darf er/sie sich bis zum Ablauf des Visums in Österreich aufhalten.

Foto: Kurz



Ab nun muss bei positivem Prüfungserfolg die Grenze nur mehr einmal überwunden werden.

**Kein Paradigmenwechsel.** Damit ist der Parcours abgeschlossen. Er ist immer noch aufwendig, aber zumindest Zeit und Kosten für das derzeit nötige Aus- und Wiedereinreisen ersparen sich angehende Kunst- und Sportstudierenden aus Drittstaaten damit.

Dass aber das österreichische Fremdenrecht vor allem innerhalb der letzten Jahre viel mehr von Abschottung und Fremdenfeindlichkeit als von menschlichen oder auch volkswirtschaftlichen Überlegungen geprägt ist, ist trotz dieser Verbesserung für Studierende nicht wegzudiskutieren. Weshalb nicht nur ÖH und Hochschulen protestieren (ForscherInnen sind z.B. ebenfalls betroffen), sondern auch die Wirtschaft. ◀

*Katharina Fallmann studiert Technische Chemie in Graz und ist Referentin für Bildungspolitik der ÖH-Bundesvertretung.*

## Palmen oder Büffeln

Während die Einen am Strand liegen und unter Palmen Schatten suchen, sitzen die Anderen in dunklen stickigen Hörsälen. Was wie ein Horror-Sommer klingt, tun sich weltweit immer mehr Studierende freiwillig an. Mehr noch: Sie zahlen dafür sogar tausende Euros.

WOLFGANG ZWANDER

Wer nach Semesterende kein dringendes Bedürfnis nach „Pause“ verspürt und wessen Ferien nicht mit Erwerbsarbeit und Urlaub zugepflastert sind, kann in den Sommerferien einfach weiter studieren. Möglich machen das so genannte Sommeruniversitäten, deren Angebote mittlerweile so reich und breit gefächert sind, wie die Curricula von Volluniversitäten. Egal ob Russischkurse in Moskau, Betriebswirtschaft in Montenegro, Kommunikationstheorie in Costa Rica, Antisemitismusstudien in Berlin oder Rhetorik-Training in Berkeley – jede Universität, die etwas auf sich hält, bietet mittlerweile Sommerprogramme an. Was

in den USA schon lange fixer Bestandteil des Universitätslebens ist, hat sich in den letzten Jahren auch in Europa zur Selbstverständlichkeit entwickelt.

„Der Trend zur Sommeruniversität wird sich durchsetzen“, sagt Ansgar Gessner, Studienprogrammleiter der Technischen Universität Berlin, dem *Tagesspiegel*. „Die neuen Bachelor-Studiengänge erfordern ein rigides Studieren. Das heißt, dass man den Sommer nutzen wird, um das Studium zu beschleunigen oder Dinge nachzuarbeiten.“ In den USA sei das bereits die Norm. Bislang haben Europäische StudentInnen den Sommer vor allem als Pause vom Universitätsleben gesehen. Die Wohlhabenden sind verreist, die Ärmere haben gearbeitet, um ihr

Studium zu finanzieren. Fortbildung in den Ferien wurde hintangestellt. Dementsprechend unterschiedlich betrachten Studierende aus den USA und Europa das Preis-Leistungs-Verhältnis von Sommeruniversitäten. Ein amerikanischer Gastprofessor bewarb heuer in einer Vorlesung an der Uni Wien ein dreiwöchiges Sommeruni-Programm und sagte, es sei extrem billig und koste nur „dreitausend Euro.“ Die Studierenden quittierten seine Angebot mit tobendem Gelächter, zeigten mit dem Finger auf ihn und fragten bei ihren SitznachbarInnen nach, ob sie sich gerade verhöhrt hätten. Der US-Professor konnte den Grund des Aufruhrs überhaupt nicht verstehen; er bekam ein rotes Gesicht und wollte wissen, was eigentlich los sei. Als ihn die

Studierenden aufklärten, dass der Grund für ihr Gelächter der „verrückt hoch klingende Preis“ sei, antwortete er leicht verschämt, dass das für US-Verhältnisse „wirklich extrem billig“ sei.

„Verrückt hoher Preis“ und „wirklich extrem billig“ – genau dieser „feine Unterschied“ weist auf den Pferdefuß der Sommeruniversitäten hin. Sie schaffen ein neues Ungleichgewicht zwischen armen und reichen StudentInnen. Wer im Sommer möglichst viel Geld verdienen muss, um das reguläre Studium zu finanzieren, kann von einer Sommeruniversität im Normalfall nur träumen. ◀

*Wolfgang Zwander studierte Politikwissenschaft in Wien.*

Foto: Bolyos

# Gnade vor Recht

**Mehr privat, weniger Staat: Nach diesem Motto verzichten Studierende an Fachhochschulen oft auf Mitsprache und rechtlichen Schutz.**

RAFFAEL FRITZ, CLAUDIA KAHLA  
UND STEFANIE PLATZGUMMER

**A**n Fachhochschulen ist der Studiengangleiter König und die Studierenden sind sein Fußvolk. So sieht das Bernhard Blaschek vom VFFH, einem Verein, der die bundesweite Vernetzung von Fachhochschulen fördert. Tatsächlich hängt das Wohl der Studierenden oft vom guten Willen der ErhalterInnen ab. Wegen der privatwirtschaftlichen Organisation der Fachhochschulen ist die gesetzliche Grundlage sehr knapp gehalten; schon die nackten Zahlen sprechen Bände: Das Universitätsgesetz enthält 144 Paragraphen, das FH-Gesetz nur 21. Die Folgen: Wenig rechtlicher Schutz und Mitbestimmung für die Studierenden einerseits, viel Handlungsspielraum für StudiengangleiterInnen und ErhalterInnen andererseits.

Damit die ErhalterInnen nicht tun und lassen können, was sie wollen, wurde der Fachhochschulrat eingerichtet. Er ist die oberste Kontrollinstanz und gibt Richtlinien für die Gestaltung der Lehrpläne vor. FH-Ratspräsident Kurt Sohm hat schon erkannt, dass es bei der Mitsprache viel zu verbessern gibt: „Die Studenten sind da sicher sehr wichtige Gesprächspartner“, sagt er. Bis jetzt sind aber keine StudierendenvertreterInnen im Rat. „In anderen Ländern sitzen überall Studierende in diesen Gremien.

In Österreich hat das aber noch nicht Einzug gehalten“, bemerkt Blaschek. Hier wird das ExpertInnenegremium vom Wissenschaftsministerium ernannt und ist zwar nicht demokratisch, aber – typisch österreichisch – wenigstens sozialpartnerInnenschaftlich besetzt.

Die einzig demokratischen Organe sind die Fachhochschulkollegien. StudiengangleiterInnen, VertreterInnen von LektorInnen und Studierenden entscheiden dort gemeinsam über die Zulassung zu Prüfungen sowie deren An- und Abkennung. Wenn sich Studierende über eine Prüfung beschweren möchten, können sie sich an das Kollegium wenden. Theoretisch muss jede FH ein Kollegium haben – praktisch sieht es anders aus: Vor dem Gesetz sind einzelne Studiengänge noch keine Fachhochschule; darum brauchen sie auch kein Kollegium. In diesem Fall sind die StudiengangleiterInnen Vorsitz der Prüfungskommissionen und Beschwerdeinstanz zugleich. Acht der insgesamt 20 Fachhochschulen sind so organisiert.

Bei den Fachhochschulen lautet die Devise: Mehr privat, weniger Staat. Das sieht man auch an den Ausbildungsverträgen, die die Studierenden vor Beginn ihrer Ausbildung unterschreiben müssen. „Zahlreiche Bestimmungen im Ausbildungsvertrag sind im Grunde Allgemeine Geschäftsbedingungen“, sagt Blaschek. An der FH Wien reicht etwa

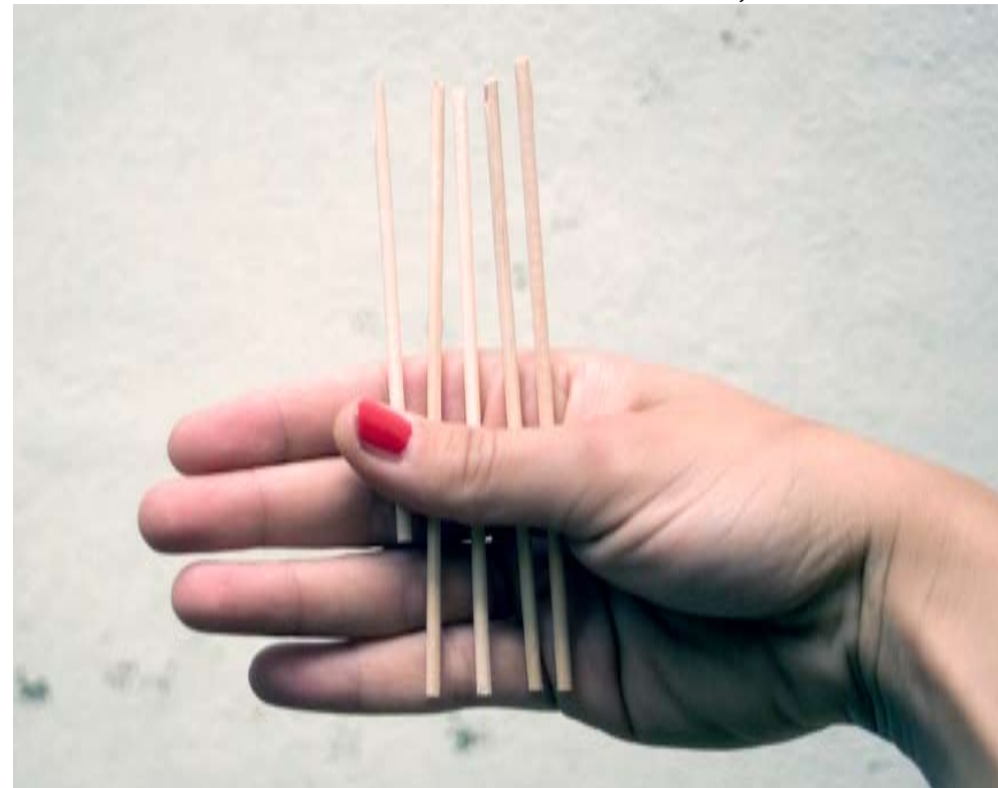
ein persönliches Verhalten, „das zur massiven Beeinträchtigung des Ansehens des Studiengangs bzw. des Erhalters in der Öffentlichkeit führt“. Wer gegen diesen privatrechtlichen Vertrag verstößt, hat nur ein Mittel: Zivilrechtlich klagen. „Aber man wird es sich hundertmal überlegen, ob man den Erhalter klagen soll“, sagt Sohm. Wenn der/die StudentIn die Klage verliert, kann er/sie nämlich in große finanzielle Schwierigkeiten kommen, weil er/sie die Prozesskosten tragen muss. „Und wenn man den Prozess gewinnt, dann fliegt man halt bei der nächsten Prüfung“, sagt Studierendenvertreter Blaschek.

„Es gäbe die Möglichkeit, jemanden rauszuprüfen, wenn man das wollte“, sagt der Leiter des Studiengangs Journalismus, Reinhard Christl. „Allerdings ist das aufgrund der Dreierkommission praktisch unmöglich.“ Dass Einfluss-

nahme bei Prüfungen nicht nur in der Theorie vorkommt, zeigte letztes Jahr die FH Kufstein. Nach schweren Vorwürfen gegen das Rektorat wurde dort die gesamte Geschäftsführung neu organisiert. Die Missstände sind beseitigt, doch trotz schwerem Imageverlust ließ die unsichtbare Hand des Bildungsmarktes die Studierendenzahl an der FH Kufstein nicht einbrechen. Denn Fachhochschulen heißen eine praxisorientierte Ausbildung und sichere Jobaussichten. In Zeiten eines angespannten Arbeitsmarktes scheint das schwerer zu wiegen als die hehren Ziele früherer Studierendengenerationen. ◀

Raffael Fritz, Claudia Kabla und Stefanie Platzgummer studieren Journalismus an der FH Wien.

Die ungekürzte Originalfassung erschien im Mai-Bildungs-Special der Wiener Stadtzeitung Falter.



Passt du nicht ins Bild deiner Fachhochschule, ziehst du bei Prüfungen schnell den Kürzeren.

## STUDIERN IN OST-DEUTSCHLAND

### Willkommen im Paradies

Wer nach Jena will, kommt zuerst ins Paradies – so heißt der Bahnhof der ehemaligen DDR-Stadt, die sich, im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Städten wirtschaftlich gut erholt hat und 2008 zur *Stadt der Wissenschaften* ernannt wurde. Inmitten alter Fachwerkhäuser ragt im Zentrum der JenTower empor, der einst Kennzeichen eines typisch sozialistischen Stadtbildes es sein sollte. Paradiesisch sind jedenfalls die zahlreichen Parks und Grünanlagen, die der Stadt, der wärmsten und trockensten in Ostdeutschland, ein südländisches Aussehen verleihen. Die 1558 gegründete Universität – die ihre berühmtesten Mitglieder Goethe und Schiller nicht oft genug rühmen kann – verteilt sich über das gesamte Altstadtgebiet. Neben Hauptgebäude und Campus gibt es mehrere kleine Institute und

eine neugebaute Universitätsbibliothek mit einem erstaunlich hohen Präsenzbestand und sehr studierendenfreundlichen Öffnungszeiten. Überhaupt kann man feststellen, dass die Stadt bemüht ist, sich als Studierendenstadt zu etablieren. Die Mensen sind gut und sehr günstig, im Verhältnis zur Größe der Stadt gibt es viele kleine alternative Kaffeehaus-, Gastgarten- und Kulturbetriebe und selbst unter der Woche ist die Toleranz für die Lautstärke spontaner WG-Parties oder Grillaktionen im Park sehr hoch.

Die Studienorganisation erinnert im Übrigen sehr an den Universitätsbetrieb in Österreich. In vielen Studienrichtungen müssen die StudentInnen um ihre Plätze in Seminaren und Vorlesungen kämpfen, der Bologna-Prozess und die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge verursacht oftmals chaotische Studienpläne. Das Fest zum 450-jährigen Bestehen der Universität wurde dementsprechend von Aktionen und Demonstrationen der Studierenden begleitet. Ansonsten,



so scheint es, üben sich Studierende und Lehrende gegenüber den schlechter werdenden Studienbedingungen in Gelassenheit. Die Gemütlichkeit und das persönliche Flair der Provinzstadt ermöglichen auf jeden Fall, trotz der 20.000 Studierenden, eine angenehme Studienzzeit.

Anna Wintersteller

# Pinnwand

Foto: Kurz

Gertraud Schneitl  
27 Jahre, Fähnrich.

Sie studiert militärische Führung und lässt sich für Flugsicherung ausbilden, weil es ein abwechslungsreicher Beruf mit Herausforderungen und Führungsverantwortlichkeit ist und die gute Kameradschaft ihr so wichtig ist.



## Studienbeihilfe für FH-Studierende

**D**er Antrag auf Studienbeihilfe kann im Wintersemester von 20. September bis 15. Dezember, im Sommersemester von 20. Februar bis 15. Mai gestellt werden. Wenn die Antragsstellung außerhalb dieser Fristen erfolgt, wird die Studienbeihilfe nicht mehr rückwirkend für das ganze Semester, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung ausbezahlt. Die Antragsstellung erfolgt bei den jeweiligen Stipendienstellen der Uni-Städte. Alle, die an einer Fachhochschule studieren, die nicht in einer Universitätsstadt angesiedelt ist, stellen ihren Antrag bei der Stipendienstelle der jeweiligen Landeshauptstadt. Für Studierende, die an einer FH in Niederösterreich oder im Burgenland studieren, ist die Stipendienstelle Wien, für jene, die in Vorarl-

berg studieren, die Stipendienstelle Innsbruck zuständig.

Der Nachweis des günstigen Studienerfolges an den FHs unterscheidet sich von jenem an den Universitäten: Im ersten Semester reicht die Tatsache, FH-StudentIn zu sein, als günstiger Studienerfolg. Nach dem ersten, dritten, fünften und siebten Semester müssen Zeugnisse über Prüfungen und Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 250 Stunden aus den Pflicht- und Wahlfächern des jeweils vorangegangenen Semesters vorgelegt werden. Außerdem müssen nach jedem Ausbildungsjahr 500 absolvierte Stunden nachgewiesen werden. Pflichtpraktika müssen mit Erfolg abgeschlossen werden, um weiterhin Studienbeihilfe beziehen zu können.

mal ◀

## Studienrecht an Fachhochschulen

**D**as Studienrecht an den FHs lässt sich erklären, ohne zwischendurch Luft holen zu müssen, gibt es doch im Gegensatz zu den Unis für die FHs keine gesetzlich verankerten Bestimmungen. Allgemein ist jedoch jeder FH-Studiengang vor seiner Einrichtung beim Fachhochschulrat (FHR) per Antrag zu akkreditieren (zu genehmigen). Das Fachhochschul-Studiengesetz hält dabei lediglich fest, dass die Akkreditierung als FH-Studiengang das Vorhandensein einer Prüfungsordnung voraussetzt.

Der FHR hat darüber hinausgehend spezielle Akkreditierungsrichtlinien erlassen, die von den einzelnen FH-ErhalterInnen in ihren Anträgen auf Akkreditierung eines FH-Studiengangs einzuhalten sind. Die für Studierende

relevanten Teile jedes Antrags sind laut FHR in „geeigneter Weise“ offen zu legen, müssen also entweder ohnehin zugänglich sein oder auf Verlangen an dich ausgegeben werden. Im Speziellen sind das: Aufnahmeordnung, Berufliche Tätigkeitsfelder und Qualifikationsprofil, Curriculum, Didaktisches Konzept, Evaluierung, Mitbestimmung der Studierenden, Prüfungsordnung sowie Zugangsvoraussetzungen.

Wenn du bemerkst, dass die Akkreditierungsrichtlinien oder die Bestimmungen des Akkreditierungsantrags deines Studiengangs nicht eingehalten werden, wende dich am besten an deine ÖH vor Ort. Sie hilft dir gerne und setzt sich für dich ein.

hen ◀



Philipp Hense ist  
Mitarbeiter im Bildungspolitischen Referat und für FH-Fragen zuständig.

## Service, das hilft

*Was genau ist die Prüfungsordnung?*

Bei jeder Akkreditierung als Fachhochschul-Studiengang hat der Akkreditierungsantrag eine Prüfungsordnung für den jeweiligen FH-Studiengang zu enthalten. Diese Prüfungsordnung darf den Bestimmungen der Akkreditierungsrichtlinien des Fachhochschulrats (FHR) nicht widersprechen. Da die Prüfungsordnung für jeden Studiengang einzeln genehmigt wird, kann es an einer FH mit 20 Studiengängen auch 20 verschiedene Prüfungsordnungen geben.

In der Prüfungsordnung werden Regelungen bezüglich der Prüfungsmodalitäten und -wiederholmöglichkeiten, der Einteilung des Studienjahres, der Anzahl von Prüfungsterminen, allfällige Fristen usw. getroffen. Wichtig ist, dass du die Prüfungsordnung deines Studiengangs kennst, da du sonst nicht über die Prüfungsbedingungen Bescheid wissen kannst. Zumindest gegen die mangelhafte Durchführung einer negativ benoteten Prüfung kann eine Beschwerde beim FHR eingebracht werden, außerdem ist bei negativ beurteilten Prüfungen rechtzeitig vor dem Wiederholungstermin eine Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen zu ermöglichen.

*Was passiert bei zu seltener Anwesenheit?*

Es ist vom FHR vorgeschrieben, dass es eine grundsätzliche Anwesenheitsvorgabe bei allen Lehrveranstaltungen zu geben hat. Wer die Vorgabe festsetzen darf, ist nicht genau festgehalten. Es kann dies die Leiterin bzw. der Leiter der Lehrveranstaltung oder des Studiengangs sein. Jedenfalls muss die Anwesenheitsvorgabe zu Beginn der Lehrveranstaltung bekanntgegeben werden.

Das Nichterfüllen der Anwesenheitsvorgabe führt automatisch zu einer negativen Beurteilung und zum Verlust des ersten Prüfungsantritts. In diesen Fällen ist den Studierenden eine angemessene Möglichkeit zur Erbringung der geforderten Leistungsnachweise (1. Wiederholung) einzuräumen. Eine erneute negative Beurteilung dieser Leistungen bewirkt automatisch eine kommissionelle Prüfung (2. Wiederholung). Die Erbringung von Ersatzleistungen wegen zu geringer Anwesenheit ist hierbei aber nicht vorgesehen! Zusätzlich müssen im (dir zugänglichen!) Akkreditierungsantrag allfällige Regelungen über die Ausnahme von der Anwesenheitspflicht dargelegt werden.

### REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

**Feministische Politik und Genderfragen:**  
Unterstützung feministischer Projekte,  
feministische Lehre, Vernetzung  
01/310 88 80 57  
[www.oeh.ac.at/fem](http://www.oeh.ac.at/fem)

**Sozialpolitik:**  
Stipendien, Sozialrecht, Studieren mit Kind  
01/310 88 80 - 52  
[www.oeh.ac.at/soziales](http://www.oeh.ac.at/soziales)

**Internationale Angelegenheiten:**  
Europäische Bildungspolitik,  
Auswärtige Angelegenheiten  
01/310 88 80 62  
[www.oeh.ac.at/internationales](http://www.oeh.ac.at/internationales)

**Bildungspolitik:**  
Hochschulpolitik, Gesetzesbegutachtungen,  
Weiterbildung  
01/310 88 80  
[www.oeh.ac.at/bipol](http://www.oeh.ac.at/bipol)

**Ausländische Studierende:**  
Arbeitsrecht, Beratung, Kampagnen gegen  
diskriminierende Maßnahmen  
01/310 88 80 49  
[www.oeh.ac.at/auslaenderinnen](http://www.oeh.ac.at/auslaenderinnen)

**Menschenrechte & Gesellschaftspolitik:**  
Ökologie, Antirassismus, HomoBiTrans  
01/310 88 80 55  
[www.oeh.ac.at/alternatives](http://www.oeh.ac.at/alternatives)

**Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten:**  
Budgetplanung, Kooperationsverträge,  
01/310 88 80 15  
[www.oeh.ac.at/finanzen](http://www.oeh.ac.at/finanzen)

**Öffentlichkeitsarbeit:**  
Broschüren, Pressearbeit, Kampagnen  
01/310 88 80 20  
[www.oeh.ac.at/oeffentliches](http://www.oeh.ac.at/oeffentliches)

**Studien- und MaturantInnenberatung:**  
Hilfestellung bei allen Studientechnischen Fragen  
01/310 88 80 24  
[www.oeh.ac.at/service](http://www.oeh.ac.at/service)

Foto: Kopp



Hochzeitstorten für schwule und lesbische Paare gehören mittlerweile fast schon zum Alltagsgeschäft von Konditoreien. Der Staat Österreich hinkt bei der rechtlichen Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften der gesellschaftlichen Realität und dem internationalen Trend hinterher.

## Belastungspaket

GASTKOMMENTAR VON HELMUT GRAUPNER

Mit ihrem am 24. April vorgestellten Begutachtungsentwurf für ein Lebenspartnerschaftsgesetz will die Justizministerin ein Gesetz mit zahllosen Sonderregeln schaffen. Außerdem fehlen die zu den vorgesehenen zivilrechtlichen Pflichten gehörenden sozial-, steuer- und fremdenrechtlichen Ansprüche. Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL) lehnt eine solche reine Pflichtenpartnerschaft (quasi ein Homo-Belastungspaket) daher ab.

Der Entwurf geht nicht – wie etwa der SP-Gesetzesantrag aus der letzten Legislaturperiode – vom Grundprinzip aus, dass die Lebenspartnerschaft die gleichen Rechte und Pflichten mit sich bringt wie die Ehe, und zählt dann allfällige Ausnahmen von diesem Grundsatz auf. Vielmehr zäumt die Ministerin nun das Pferd von hinten auf. Grundprinzip ist in ihrem Entwurf die Ungleichbehandlung und es werden jene Bereiche aufgezählt, in denen davon abweichend die gleichen Regeln wie für Ehepaare gelten.

Dabei beschränkt sich der Entwurf auf den Justizbereich. Selbst da finden sich bereits 22 Abweichungen von den Regelungen für Ehepaare. Das beginnt bei technischen und verfahrensrechtlichen Abweichungen, geht über Abweichungen im Namens- und Unterhaltsrecht sowie bei den Eheverboten und reicht bis zur Unmöglichkeit eines Verlöbnisses. Erwähnt seien auch fehlende Regelungen für die gesonderte Wohnungsnahme sowie erheblichen Unterschiede im Scheidungs- und Auflösungsrecht.

Ausgeschlossen ist schließlich nicht nur die Fremdkind- sondern auch die Stiefkindadoption (also des leiblichen Kindes der Partnerin/des Partners). Damit enthält die Justizministerin den in Regenbogenfamilien lebenden Kindern Unterhaltsansprüche und Erbrechte vor und sorgt für Unsicherheit im Fall des Todes des leiblichen Elternteils. Des Weiteren bleibt die Inan-

spruchnahme medizinisch unterstützter Fortpflanzung Frauenpaaren weiterhin verwehrt.

Während eine Ehe (mit Erlaubnis der Eltern und gerichtlicher Genehmigung) ab 16 Jahren eingegangen werden kann (§§ 1, 3 EheG), soll man für eine Lebenspartnerschaft volljährig sein müssen.

**Pflichten ohne Rechte.** Was im Entwurf der Justizministerin schließlich völlig fehlt, sind alle Bereiche außerhalb des Justizressorts wie Fremdenrecht, Staatsbürgerschaft, Kranken- und Pensionsversicherung, Steuerrecht und die verschiedensten Verwaltungsmaterien (wie Gewerbeamt u.v.a.m.). Nicht einmal bei den Rechtswahlleistungen will Berger eine Hinterbliebenenversicherung (Witwen-/Witwerpension) vorsehen, obwohl diese eindeutig in ihre Kompetenz fallen.

Ein Rumpfgesetz mit den Pflichten (Unterhalt, Beistand, Treue, gemeinsames Wohnen etc.) ohne die dazugehörigen Rechte wäre europarechts- und verfassungswidrig. Es dennoch zu beschließen und die Opfer der Rechtswidrigkeit auf den langwierigen, nervenaufreibenden, kostenintensiven und vor allem ungewissen Klagsweg zu verweisen, stellt einen bedauerlichen Tiefpunkt in der österreichischen Rechtskultur dar.

Wenn schon nicht das Eheverbot aufgehoben und stattdessen ein Sondergesetz geschaffen wird, dann müssen für dieses wenigstens die gleichen Regeln wie für die Ehe gelten. Eine reine Pflichtenpartnerschaft ohne die dazugehörigen Rechte wäre eine Verhöhnung gleichgeschlechtlicher Paare. Es wäre das schlechteste Partnerschaftsgesetz der Welt. ◀

*Dr. Helmut Graupner ist Rechtsanwalt in Wien, Präsident des Rechtskomitees LAMBDA (RKL), Co-Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Sexualforschung (ÖGS), Sprecher der Plattform gegen § 209 sowie Vice-President for Europe der International Lesbian and Gay Law Association (ILGLaw). Mitglied der European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL).*

# Politik

## Marta Vieira da Silva



Die 21-Jährige ist zweimalige und amtierende Weltfußballerin des Jahres, Torschützenkönigin der WM 2007 und gilt bei vielen ExpertInnen als die beste Fußballerin

der Welt. Als erster und bisher einziger Frau wurde Marta 2007 die Ehre zuteil, ihre Fußabdrücke in der Ruhmeshalle des Maracanã-Stadions neben den Größen des brasilianischen Fußballs in Beton verewigen zu dürfen.

POLITIK-TICKER

## Zustände

Es zeugt von hoher Reife und Intelligenz einer Bevölkerung, wenn sie in ihrer Regierung ein paar Frauen und Männer hat, die ein unheimliches Gespür dafür besitzen und vor allem einen unwiderstehlichen Tatendrang an den Tag legen, wenn es darum geht, Fettnäpfchen jeder Art auszumachen. Vor allem in Zeiten, wo flüssiges Fett, sprich Öl, immer teurer wird. Schließlich sind diese Fettnäpfchen, auch wenn sie im Umfang fast an das Wiener *Ernst-Happel-Stadion* herankommen, nicht immer so gut ausgeschildert wie die heimischen PatriotInnenkraftwagen in Zeiten des kollektiven Ballfiebers, wo es zwischen der Größe der Fahne und dem Aggregatzustand des Gehirns ersten empirischen Untersuchungen zufolge eine hohe Korrelation gibt.

Wenn der Kanzler jetzt aber im fernen Südamerika über die Arbeitsmoral österreichischer ParlamentarierInnen lästert, stellen sich zwei Fragen. Erstens: Will der Mann bloß polemisieren? Und zweitens: Wieso ist er dann nicht Kolumnist geworden?

Dass sich Alfred Gusenbauer damit auch, nebenbei gesagt, nicht als großer Patriot erweist, zeigt einerseits einmal mehr, dass er jegliches Gespür für die Stimmung im Volk, nun ja, nicht gefunden hat. Andererseits ist ein, wenn auch unfreiwilliges, Gegengewicht zum vorherrschenden Hurra-Patriotismus nicht die unnötigste aller tragischen Kanzlertaten. Damit wir nicht irgendwann weit nach der Fußball-EM feststellen müssen: Es waren zwar nur Clowns. Doch mit den Clowns kamen die Fahnen. Und mit den Fahnen fing das alles wieder an. ◀

glo

# Abgeordneten untergeordnet

An die 900 PraktikantInnen arbeiten im EU-Parlament in Brüssel für die Abgeordneten der 27 Mitgliedsländer. Weder das Bewerbungsverfahren noch die Bezahlung sind einheitlich geregelt. Welche Aufgaben die jungen MitarbeiterInnen übernehmen, entscheiden letztlich die einzelnen Abgeordneten.

ALEXANDER FANTA UND BERT GANGLBAUER

Alex erinnert sich an seinen ersten Tag in Brüssel: „Ich hatte das Glück, sofort voll in die Arbeit einzusteigen. ‚Lies dich mal zum Thema Außenhandel mit Mexiko ein‘, hieß es. Dazu habe ich dann ein Dossier als Information für die Abgeordnete erstellt.“

Die Abgeordnete ist grüne Parlamentarierin. Als deren Mitarbeiter bekommt Alex EUR 700 Gehalt im Monat. Das ist in der grünen Fraktion im Europaparlament so üblich. „Kollegen, die bei konservativen Abgeordneten arbeiten, erhalten oft nichts, oder bloß EUR 250.“ Darum kann man, laut Alex, in Brüssel nicht einmal eine Besenkammer mieten.

**Zwischen Post und Putzerei.** Bert ist es so ergangen. In seinen Erinnerungen scheint zunächst noch die Sonne, „und das Europäische Parlament entfaltet seine eindrucksvolle Größe im Stadtbild Brüssels“. Er kommt jeden Tag schon früh ins Büro. Der Praktikant sei in der Regel der Erste, wurde ihm mitgeteilt. Er ist für die Post zuständig, öffnet sie, sortiert sie und bereitet sie für seinen Arbeitgeber, einen Abgeordneten der ÖVP, vor. Jeden Tag schreibt er außerdem an die 100 E-Mails: Zusagen, Absagen, Entschuldigungen, Danksagungen und Anfragen. „Die restliche Zeit gehe ich entweder zur Post, hole Hemden aus der Wäscherei oder erledige private Angelegenheiten des Abgeordneten und dessen Assistentinnen und Assistenten.“

**Studieren zum Kopieren.** Anders als Praktika, die von Institutionen wie der Europäischen Kommission oder dem Rat der Europäischen Union vergeben werden, ist die Bezahlung für ein Praktikum bei den Abgeordneten meist nicht einheitlich geregelt. Auch die Bewerbungsverfahren und die Voraussetzungen sowie die Dauer des Praktikums sind unterschiedlich, ebenso wie die Arbeit, die die JuniormitarbeiterInnen dann verrichten dürfen.

Eine günstige Sekretariatsaushilfskraft für die Bewältigung des täglichen Verwaltungsaufwandes sollten PraktikantInnen bei den Abgeordneten aber nicht sein. Für diese Zwecke muss ein

Teil der knapp EUR 16.000 aufgebracht werden, die Abgeordnete monatlich zur Bezahlung ihres Personals zur Verfügung haben.

**DemokratiegehilfInnen.** Während Bert genau diese Verwaltungsaufgaben zufilelen, wohnte Alex den parlamentarischen Ausschüssen bei. „In den Ausschüssen werden die Themen vorbereitet, die dann im Parlament zur Abstimmung gebracht werden, etwa CO<sub>2</sub>-Emissionen und Entwicklungshilfe.“

Auf den hinteren Rängen des Parlaments sitzt ein Tross von ExpertInnen, NGO-VertreterInnen und LobbyistInnen, die mit ihrer Stimme Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ohne die Arbeit von Außenstehenden ist es fast unmöglich für die ParlamentarierInnen, sich zu den komplexen Themen eine Meinung zu bilden. Auch ohne die direkten MitarbeiterInnen der Abgeordneten wäre deren parlamentarischer Alltag zwischen Sitzungen und Pressekonferenzen kaum zu bestreiten.

Alex und viele seiner KollegInnen, mit denen er gesprochen hat, meinen, es würde an den PraktikantInnen liegen, interessante Arbeit einzufordern. „Am besten ist es, sich gleich mit spezifischen Interessen, etwa Pressearbeit, bei den Abgeordneten zu bewerben.“ Ansonsten bleibe, wie etwa bei Bert, die Beantwortung von BürgerInnen-Anfragen und Bitten um Unterstützung für dieses oder jenes Anliegen die Hauptaufgabe der jungen MitarbeiterInnen. Eigentlich wollte Bert endlich all die Dinge miterleben, die er nur aus Unilehrbüchern kannte: Ausschüsse, Verhandlungen, Debatten. Auch das minimale Gehalt hat er dafür in Kauf genommen. „Ich hatte mir in den Ferien noch etwas Geld dazu verdient, um mir ein Praktikum leisten zu können. Heute“, sagt er „bin ich von meinen Illusionen geheilt. Der Abgeordnete wollte sich eine Bürokraft ersparen.“

**Interessensvertretung.** „Das Europa der Sozialstaaten schafft es nicht, seine MitarbeiterInnen effektiv vor Ausbeutung zu

schützen“, meint dazu Alex, und erzählt von ausgebrannten Top-Leuten. Auch für die Jungen ist es ein zweischneidiges Schwert. Bisherige Ansätze, eine gemeinsame Interessensvertretung auf die Beine zu stellen, verliefen wenig erfolgreich. Die Versuche scheitern letztlich daran, dass die VertreterInnen selbst nur einige Monate bleiben. Außerdem sind die jungen, meist noch studierenden PraktikantInnen selten Willens, sich über Missstände zu beschweren. Zu kostbar erscheint das prestigeträchtige Praktikum in Brüssel mit samt den geknüpften Kontakten.

Ob das Praktikum im Europaparlament eine bereichernde Erfahrung oder aber ein Reinfall ist, lässt sich pauschal nicht beantworten. „Profitiere ich von der Erfahrung? Werde ich für meine Arbeit angemessen bezahlt?“ Diese Fragen sollten sich laut Alex und Bert alle PraktikantInnen stellen.

*Alexander Fanta studiert Politikwissenschaften in Wien und Granada.*

*Bert Ganglbauer studiert Rechtswissenschaften in Wien.*



Foto: Archiv

Ein Praktikum im Europäischen Parlament: Für manche wertvolle politische Erfahrung, für andere nicht mehr als Post sortieren und Hemden abholen.

# Alles arrangiert

**Russland im Jahr 2008. Der unspektakuläre und undemokratische Wechsel von Vladimir Putin zu Dimitri Medwedjew im Amt des russischen Präsidenten sorgt in Russland für wenig Aufregung. Ein Stimmungsbericht.**

ALEXANDER BLÜML

Für die russische Bevölkerung war es nach dem ökonomischen Chaos der Jahre unter Präsident Boris Jelzin wichtig, wieder stabile wirtschaftliche Verhältnisse im eigenen Land zu schaffen. Mit dem Amtsantritt von Vladimir Putin begann auch die rasante Entwicklung des Preises für Erdöl (bzw. Erdgas) in damals unvorstellbare Höhen. Jeder Preisanstieg um USD 1 pro Barrel Erdöl bringt dem russischen Staat Mehreinnahmen von USD 1,5 Mrd. Russland wurde also ohne eigenes Zutun innerhalb weniger Jahre finanziell saniert und konnte fast seine gesamten Auslandsschulden zurückzahlen. Die Einkommen steigen vor allem in den urbanen Gebieten stetig und es scheint sich eine neue Art von *Mittelschicht* herauszubilden. Zwar ist sie hinsichtlich ihres Konsumverhaltens jenen in westeuropäischen Ländern vergleichbar, prozentuell macht diese Gruppe jedoch nur einen sehr kleinen Teil der russischen Bevölkerung aus. Für diese Menschen ist es vor allem wichtig, den eigenen ökonomischen Status nicht zu gefährden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre sind viele Menschen der Meinung, Vladimir Putin garantiere ihnen diese Art von „Stabilität“ – auch in den kommenden Jahren. Deshalb nehmen sie auch in Kauf, dass die Medienlandschaft fast vollständig in der Hand des Staates bzw. staatsnaher Konzerne liegt und das Justizsystem alles andere als unabhängig ist.

**Staatsapparat.** In den Medien kommt faktisch nur Putin und seit kurzem auch Medwedjew vor. Andere politische Parteien sind fast nicht existent. Die Vertrauenswerte des ehemaligen Präsidenten und jetzigen Ministerpräsidenten sind hoch – wobei derartige Statistiken immer mit Vorsicht zu genießen sind. Der Protest einer so genannten Zivilgesellschaft gegen die Nachfolge von Vladimir Putin war sehr gering und vor allem in den Medien so gut wie nicht existent. Die Menschen schätzen die Kontinuität und keiner verkörpert diese besser als der neu gewählte Präsident Medwedjew, der seit Anfang der 1990er Jahre als Mitarbeiter Putins in den verschiedensten Positionen gearbeitet hat. Die anderen Parteien haben sich großteils mit der Führung im Kreml arrangiert, um weiterhin an den finanziellen Quellen teilhaben zu können. Nur manchmal protestieren sie gegen die offizielle russische Politik, um den Anschein einer „echten“ Opposition zu wahren. Dies kann man sowohl von den KommunistInnen, als auch den PostfaschistInnen behaupten. Die einzige wirkliche Oppositionspartei heißt *Jabloko*. Sie ist jedoch finanziell und die Mitgliederstärke betreffend viel zu schwach, um Einfluss nehmen zu können. Die wohl kritischste Zeitung in Russland ist die *Nowaja Gaseta* (deutsch „Neue Zeitung“), die zwar nur über eine geringe Anzahl von LeserInnen verfügt und fortwährend von der Schließung bedroht ist, jedoch durch offensive und kritische Berichterstattung in Europa einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hat. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass der ehemalige Präsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow Miteigentümer der Zeitung



Foto: Blüml

Besonders die ländliche Bevölkerung bekommt nicht viel vom wirtschaftlichen Aufschwung zu spüren.

ist und in den vergangenen Jahren einige für die Gasetta arbeitende JournalistInnen ermordet wurden. Die bekannteste von ihnen war Anna Politkowskaja.

**Resignation.** Die Menschen in Russland haben sich großteils mit ihrer Lage abgefunden. Besonders die städtische Bevölkerung, darunter vor allem jene, welche man der Mittelschicht zuordnen kann, will den derzeitigen Weg des starken Staates kombiniert mit einem hohen Wirtschaftswachstum weiterführen. Das Interesse an Politik ist ausgesprochen gering, leider auch unter den 15- bis 30-jährigen. Man will sich nicht mit Politik „aufhalten“, sondern vor allem ökonomisch vorankommen und konsumieren. So lange der Staat dies gewährleisten kann, ist innerhalb dieser Gruppe weitgehend für Zufriedenheit gesorgt.

Die Situation der ärmeren Bevölkerungsschicht ist jedoch oft katastrophal, ganz besonders in den ländlichen Gebieten. Hier ist die Stimmung geprägt von einer lang herrührenden Resignation. Nichts scheint zu funktionieren und oftmals wird in der Peripherie der Sowjetunion nachgetrauert. Damals hatten die Menschen wenigstens noch Strom, fließendes Wasser und Arbeit. Die Lebenserwartung eines russischen Mannes liegt bei 57 bis 58 Jahren (Österreich 76 Jahre). Auch die Lebenserwartung der russischen Frauen hat sich seit Ende der UdSSR verschlechtert, sie liegt bei 68 bis 69 Jahren (Österreich 81 Jahre). Ein russisches

Sprichwort kann die Stimmung dieser Bevölkerungsgruppe gut beschreiben. Wenn man einen Russen/eine Russin fragt „Wie geht es dir?“ wird er/sie in diesen Gebieten antworten: „Schlechter als gestern und besser als morgen!“

Es gibt keine einheitliche „Stimmung“ in der russischen Bevölkerung. Die gut ausgebildeten, jungen, mobilen Menschen sind mit der Entwicklung zufrieden und fordern von der Politik, den derzeitigen Status zumindest aufrecht zu halten. Der überwiegende Rest der Bevölkerung ist am Aufschwung nicht beteiligt und fristet ein Dasein zwischen Depression, Resignation und zähem Durchhaltewillen. Dies birgt soziales Konfliktpotential und es ist abzusehen, dass die inner-russische Problematik – nämlich die der Bereicherung einiger Weniger auf der einen und der Verarmung der Masse der Menschen auf der anderen Seite – noch für schwerwiegende Probleme sorgen wird.

Man sollte jedoch in Europa nicht vergessen, dass Putin bzw. Medwedjew „nicht Russland sind“. Negative Urteile gegen diese Personen dürfen sich nicht pauschal gegen das Land richten. Denn gerade KritikerInnen des jetzigen politischen Systems in Russland haben für das russische Volk, die russische Sprache sowie Kultur, meist mehr übrig, als die wirtschaftliche Elite, die mit und in Russland Geschäfte machen will.

Alexander Blüml studiert Politikwissenschaft und Geschichte in Wien.

# Schluss mit halblegal

Auf Stromkästen und Laternenmasten fanden sich bis vor kurzem noch viele bunte Poster. Jetzt heißt es „Plakatieren verboten“.

AXEL BEER

Wien. Weltstadt des Tapetenkleisters, Schmelzriegel bunter Blätter und Pamphlete. Die bürgerliche Revolution 1848 hat Wien einen wild plakatierten Blätterwald beschert. Uraufführungen der Strauß-Walzer wurden auf freien Plakaten angekündigt. Die damals von gesellschaftsliberalem Gedankengut getragenen Studentenverbindungen affischierten ihre politischen Forderungen.

**Freies Plakat.** Bis heute garantiert der § 48 des Mediengesetzes das freie Plakat. „Zum Anschlagen, Aushängen und Aufle-

gen eines Druckwerkes an einem öffentlichen Ort bedarf es keiner behördlichen Bewilligung“, steht dort zu lesen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kann die Polizei verordnen, an welchen Plätzen plakatiert werden kann und an welchen nicht. Eine solche polizeiliche Verordnung von 1983 verbietet das Wildplakatieren in Wien. Trotzdem beklebten einige Plakatierunternehmen, die sich im „Plakatpool“ organisiert haben, bis vor kurzem die Stromkästen und Laternenmasten der Stadt. Ihre Tätigkeit wurde akzeptiert, sie leisteten Abgaben und lukrierten sogar Aufträge der öffentlichen Hand. „Aus Gründen der Toleranz gegenüber der Kunst und Kultur ist ein Zustand akzep-

tiert worden, der halblegal ist“, sagt Peter Fuchs, Exponent der freien Plakatszene.

Die WildplakatiererInnen sagen, sie haben das Know How um ein kultur- und szenearffines Publikum mit ihren Plakaten zu erreichen. Sie haben sich mit den großen Plakatunternehmen arrangiert. Sie bewerben nur Veranstaltungen. Produktwerbung findet sich auf ihren wilden Plakaten nicht. Als immer mehr Veranstalter das freie Plakat für sich entdeckten und sich, besonders entlang der Ringstraße, gegenseitig zu übertrumpfen versuchten, wurde es der Stadtverwaltung zu bunt. Die Gemeinde Wien, sie verwaltet die Stromkästen und Laternenmasten, übergab Anfang des Jahres der Firma Gewista, ehemals eine Magistratsabteilung, heute in privater Hand, 20.000 dieser Stellen zur Nutzung.

Die wilden Plakate wurden überklebt. Wo früher bunte Poster waren, steht heute „Plakatieren verboten“ auf grauem Hintergrund. Was vor wenigen Monaten noch halblegal war, wird jetzt von der Kulturplakat Ges.m.b.H., eine eigens gegründete Tochter der Gewista, legal angeboten. Die UnternehmerInnen aus dem ehemaligen Plakatpool übernehmen das Aufkleben.

**Platzkampf.** Die Preise haben sich verdoppelt bis verdreifacht. Peter Fuchs und Marc Mathoi, zwei Ankündigungsunternehmer – so heißen die PlakatiererInnen im Amtsdeutsch – haben den Verein *Freies Plakat* gegründet. Sie sprechen von einem „Quasimonopol“ der Gewista. Die Flächen, auf denen legal plakatiert werden kann, werden von der Stadt vergeben. Und zwar an ihre ehemalige Magistrats-

abteilung. „Exklusiv“, wie Mathoi betont. Er ortet einen Interessenkonflikt der Politik. „Die Beteiligungsstruktur der Gewista lässt die Vermutung zu, dass die SPÖ über verschiedene Gesellschaften beteiligt ist“, sagt Mathoi. Die *Progress* Beteiligungsgesellschaft, an der wiederum die SPÖ Wien beteiligt ist, hält 33 Prozent der Gewista. Der Rest ist im Eigentum der *Wiener Städtischen Versicherung*. Ein Bericht des *Kurier* vom Jänner 2008 bestätigt das.

Kleinunternehmer wie Fuchs und Mathoi können keine legalen Plakatflächen mieten. Sie standen immer schon in einem Konkurrenzverhältnis zum Plakatpool. „Wir haben die inneren Bezirke sehr erfolgreich bewirtschaftet“, sagen sie. Auch von der *Kulturplakat Ges.m.b.H.* bekommen sie keine Aufträge: „Wir haben uns bemüht, Gespräche geführt, Termine gemacht. Wir sind mit dem Nassen Fetzen weggejagt worden.“ Wer trotzdem wild plakatiert, hat mit Anzeigen und Klagen wegen unlauterem Wettbewerb zu rechnen. Strafbar machen sich dabei nur die PlakatiererInnen. VeranstalterInnen können nicht belangt werden.

Fuchs, Mathoi und andere KleinunternehmerInnen haben sich im Verein *Freies Plakat* organisiert. Sie haben sich entschlossen für die Plakatierfreiheit und ihre wirtschaftlichen Interessen zu kämpfen. „Der öffentliche Raum gehört uns allen“, sagt Fuchs. „Es ist nicht legitim, dass ein Privatunternehmen den öffentlichen Raum exklusiv bewirtschaftet.“

Axel Beer studiert Journalismus an der FH-Wien.



Plakatieren verboten! So steht es nun geschrieben. Die bunte Plakatvielfalt gehört der Vergangenheit an.

Foto: Kopp

## REZENSIONEN

### Eine kurze Geschichte der Arbeit

Die zwei Wirtschaftsjournalisten Philipp Löpfle und Werner Vontobel haben einen Auftrag. Ihrem gemeinsamen Erstlingswerk *Der Irrsinn der Reformen* ist im Februar dieses Jahres ein Buch über die *Arbeitswut* gefolgt. Von Stil, Aufbau und Inhalt ähnelt es Ersterem und zeugt auf jeden Fall vom guten Willen der Autoren. Die Welt muss sich ändern, da stimmen die beiden klar in den Chor unterschiedlicher Ansätze zur Verbesserung der globalen Lage ein, aber wo beginnen?

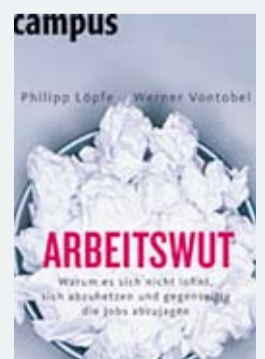
Für Löpfle und Vontobel bietet der Begriff „Arbeitswut“ gleichzeitig Andockmöglichkeit an das Frustrationspotential der LeserInnenschaft und durch seine Doppeldeutig-

keit auch an das Axiom ihrer These: Weil die Einen zuviel arbeiten, bleibt für die Anderen nichts. De facto brauchen wir trotz steigender Produktivität und wirtschaftlicher Entwicklung immer weniger menschliche Arbeitskraft, so die Grundaussage. Die Autoren wollen einerseits zeigen, dass der mit dieser Aussage verbundene Aufschrei ein Beweis für unseren kulturell tradierten und instrumentalisierten Zwang zur (Erwerbs-)Arbeit ist, andererseits aber dem prognostizierten Horrorszenario des Erstarkens eines indo-chinesischen Imperiums realpolitische und ökonomische Analysen entgegensetzen. Dazwischen werden noch die Geschichte der Arbeitsethik, das Ende der sozialen Verantwortung in der Arbeitswelt, der Mensch als Maschine, Prekarität und „die neuen Oligarchen“ abge-

handelt. Ein volles Programm für nur 170 Seiten Taschenbuchformat. Kein Wunder, dass dabei einiges – wie zum Beispiel eine explizite gendersensible Sicht in Hinblick auf reproduktive Arbeit – auf der Strecke bleibt.

lkr

Philipp Löpfle und Werner Vontobel, *„Arbeitswut. Warum es sich nicht lohnt, sich abzusetzen und gegenseitig die Jobs abzugeben“*. Campus-Verlag, Frankfurt am Main, 2008. 170 Seiten, EUR 17,90.





# Die Zivilisierung des Körpers

Der mediale Diskurs über Essstörungen gestaltet sich äußerst einheitlich. Das nahm sich PROGRESS zum Anlass das Thema einmal aus einer anderen Perspektive zu beleuchten. Laura Soyer hat an der *School of Oriental and African Studies* in London studiert und hat sich kulturwissenschaftlich der Körperlichkeit genähert.

LAURA SOYER

**D**er Körper ist nicht nur ein kultureller Text. Er ist außerdem Ort der Ausübung sozialer Kontrolle. Die derzeitige Fixierung auf Diäten ist Teil einer Ausweitung von rationaler Kalkulation auf den Körper und die Anwendung naturwissenschaftlicher Parameter im Apparat sozialer Organisation.

Foto: Archiv



Essen ist mehr als simple Nahrungsaufnahme. Sie ist auch Mittel zur Selbstkontrolle und -darstellung.

Der Konsum und die Regulierung von Ernährung ist ein Mittel für Individuen, ihre eigenen Körper zu konstruieren und auf diese Weise ihre Subjektivität sowie ihren sozialen Status innerhalb einer Gemeinschaft zu konstituieren. Durch den Akt des Essens oder dessen Verweigerung internalisieren Individuen die Regeln normativen Verhaltens sowie normative Werte, die sie wiederum befähigen, Subjektivität zu konstruieren und auszudrücken. Ernährung kann somit als eine „Selbstpraxis“ verstanden werden, die sich in den Körper einschreibt und ihn in kulturell und politisch spezifischer Weise formt, die dann von Anderen gelesen oder interpretiert werden. Die Ernährung betreffende Regeln sind ein wichtiges Mittel der Menschen zur Konstruktion individueller und nationaler Identitäten. Sie sind ein Symbol für soziale Angelegenheiten, eine Methode von Menschen, der physischen, sozialen

und symbolischen Welt um sie herum Bedeutung zu geben. Tatsächlich ist der Körper eine Metapher für Gesellschaft; er reflektiert die dominanten Werte und Ideen bezüglich Gesundheit und Gender.

**In jeder Kultur und zu jeder Zeit** ist unsere physische Erscheinung höchst ausschlaggebend dafür, wie wir selbst und andere uns wahrnehmen. Das hohe Maß an Beschäftigung mit der Präsentation und dem Management des Körpers ist eine Konsequenz der Tatsache, dass die äußerliche Erscheinung des Körpers als eine Demonstration der inneren Wertigkeit und der Persönlichkeit seines/r „BesitzerIn“ verstanden wird. Im zeitgenössischen Westen wird ein schlanker Körper als gesund und normal interpretiert und als materieller Beweis für rigide Selbstdisziplin und einen „zivilisierten“ Appetit verstanden. Im Gegensatz dazu wird ein korpulenter Körper als ungesund, von der Norm abweichend, außer Kontrolle und folglich als moralisches Versagen verstanden. Korpulente Körper sind allerdings nicht überall stigmatisiert und werden oft sogar ganz im Gegenteil als attraktiv und ideal betrachtet. In Jamaika und in Niger werden üppige Körper als Zeichen für ein hohes Maß an Gemütlichkeit und Gesundheit gesehen. Ethnographische Beschreibungen von idealisierten Körperformen und -größen in Niger und Jamaika demonstrieren, dass es keine evidenten, natürlichen oder universellen Vorstellungen darüber gibt, wie unsere Körper aussehen sollen, sondern körperliche Praktiken und Ideale vielmehr von Gesellschaft und Kultur konstruiert und vermittelt werden.

Obwohl Ernährung und Körper immer eine physiologische Komponente einschließt, sind Essgewohnheiten und sozial abweichende Zustände wie Magersucht und Fettsucht ein Resultat des soziokulturellen Umfeldes, in dem wir uns befinden. Das Konzept des Körpers ist in jeder Kultur und zu jeder Zeit von medizinischen, sozialen, religiösen und kulturellen Vorstellungen und Praktiken geformt. Weit entfernt vom Status als fundamental stabile, akulturelle und ahistorische Tatsache, zu der wir kulturell relative und institutionelle Formen in Kontrast setzen müssten, ist der Körper immerzu in kulturelle Praktiken eingebettet. Das zeitgenössische Ideal des dünnen Körpers im Westen ist demnach nicht universell und ahistorisch, sondern das Ergebnis von spezifischen und komplexen kulturellen und sozioökonomischen Prozessen. An Orten wie Niger und Jamaika bedeuten opulente Körper etwas anderes, weil sie Stärke, Schönheit und Gesundheit symbolisieren. Körperideale und Ernährungsgewohnheiten als historisch konstante Aspekte von Kulturen sind ein Teil der kulturellen Arbeit, die Menschen betreiben.

Die Entwicklung einer mechanistischen Metapher des Körpers erscheint ausschlaggebend für das Aufkommen eines wissenschaftlichen Diskurses über den Körper. Die Auffassung vom Körper als Maschine erfordert die konstante Überwachung durch angemessenes Ernährungsmanagement, um auf rationale und selbstkontrollierte Weise zu funktionieren. Historisch besteht eine Parallele zwischen dem Bestreben, den Körper zu disziplinieren und zu

zivilisieren und der Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft. Eine kapitalistische Produktionsweise erfordert sowohl weibliche als auch männliche Subjekte als ArbeiterInnen und KonsumentInnen. Das heißt, dass Individuen selbstdisziplinierte und sorgsame ArbeiterInnen sein müssen und unsere Körper diese Werte in Form des glatten, effizienten und maschinengleichen zeitgenössischen Körperideals widerspiegeln sollen.

**Foucaults Ideen**, besonders bezüglich Körper, Wissen und Macht sind für eine Analyse zeitgenössischer Beunruhigungen hinsichtlich Fettleibigkeit und Schlankheitskuren höchst brauchbar. Die derzeitige Fixierung auf Diäten kann als Aspekt der Ausweitung rationaler Berechnung sowie der Anwendung naturwissenschaftlicher Maßstäbe auf den Körper im Rahmen des Apparates sozialer Kontrolle gesehen werden. Diese graduelle Zivilisierung des Körpers wurde im Europa des 18. Jahrhunderts aufgrund der wachsenden Besorgnis über die Internalisierung von angemessenem Ernährungsverhaltens und Kalorienmengen ersichtlich. Sozial abweichende Körper, wie fettleibige oder „behinderte“ Körper befinden sich außerhalb der Norm und müssen demnach fixiert, reguliert und normalisiert werden.

Während der „zivilisierte“ Körper im Kontext der Ausübung von Kontrolle als sinnlich und körperlich unterdrückt erscheinen mag, kann diese zugleich auch sinnliche Erfahrung und eine erhöhte Sensibilität für Genuss ermöglichen. Die Regulierung des Konsums von Nahrung wie auch Diäten sind somit eine Selbstpraxis, die nicht notwendigerweise als repressiv oder vollständig durch den dominanten Diskurs über korrektes Essen und physische Attraktivität determiniert aufgefasst werden soll. Die erfolgreiche Ausübung von Kontrolle über die eigene Ernährungsweise kann auch eine Quelle für Befriedigung und Erfolgsgefühle und sogar einen Weg zur Spiritualität darstellen. Gleichermassen ist es wichtig, gegenüber der vorherrschenden Annahme, dass Diät haltende Frauen passive Opfer patriarchaler und kapitalistischer Kultur seien, skeptisch zu bleiben. Diese Praktiken von Frauen können auch als Ausübung und Übernahme der Kontrolle über den eigenen Körper sowie über Ernährung als Mittel zur Konstruktion der eigenen Subjektivität gesehen werden.

**Essen ist** genauso wie Diäten eine Selbstpraxis, die nicht unbedingt als repressiv oder vollständig von dominanten Diskursen über „gesundes“ Essen und Selbstdisziplin determiniert betrachtet werden sollen. Ernährung, Essen und Diäten sind zentral für die Subjektivität von Individuen und deren Gefühl, sich von anderen zu unterscheiden. Obwohl kulturelle und soziale Ideen und Werte den Körper von Individuen und dessen Ernährungsweisen formen, sind diese niemals gänzlich deterministisch. Folglich ist die Subjektivität von Individuen niemals zur Gänze durch Diskurse bestimmt, sondern wird hergestellt durch Diskurse in Austausch mit verkörperter Erfahrung, den Sinnen, Erinnerungen, Gewohnheit und dem Unbewussten. ◀

Laura Soyer studierte Ethnologie in London.



# Wichtige Zeugen

ÖsterreicherInnen waren maßgeblich und auf allen Ebenen an Nazi-Verbrechen beteiligt. Das hat sich mittlerweile sogar hierzulande herumgesprochen. Doch viele von ihnen wurden nie verurteilt oder nach wenigen Jahren Haft entlassen.

MATTHÄUS REST

Wie umgehen mit den MassenmörderInnen? Das war eine der drängenden Fragen, die die Alliierten im Frühling 1945 zu beantworten hatten. Britische Militärkreise waren der Meinung, den Nazi-Verbrechen sei mit rechtstaatlichen Mitteln nicht beizukommen und plädierten für die Erschießung hunderttausender

## Österreich 1938/2008

ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Doch die USA war davon überzeugt, ein neues Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus aufbauen zu können. Ein vollkommener Austausch der Bürokratie kam für sie nicht in Frage, gewisse Kontinuitäten waren ihrer Meinung nach notwendig.

**Kontinuität auch in Österreich.** Doch gerade die ersten Nachkriegsjahre waren vom ernsthaften Versuch

geprägt, die HaupttäterInnen zu finden und vor eigens eingerichtete Volksgerichte zu stellen. Auf Grundlage des Kriegsverbrechergesetzes wurden etwa 13.600 ÖsterreicherInnen verurteilt. Doch besonders lange hielt diese Konsequenz nicht an. Nach dem Abzug der Alliierten in den 1950er-Jahren ging die Anzahl der Prozesse stark zurück, 1956 wurden die Volksgerichtshöfe aufgelöst und 1957 wurde die sogenannte NS-Amnestie erklärt – damit gab es offiziell keine NationalsozialistInnen mehr.

**Im Zweifel für den Angeklagten.** SS-Sturmbannführer Ernst Lerch war einer der wenigen, die danach noch für Kriegsverbrechen angeklagt wurden. 1914 in Klagenfurt geboren, war er schon vor dem Anschluss eine zentrale Figur der Kärntner Nazi. Odilo Globocnik (siehe PROGRESS 3/08) holte ihn im Juli 1940 nach Lublin. Unter Globocnik wurde Lerch als „Judenreferent“ zu einem Haupttäter der Aktion Reinhard. Das war der Deckname der ersten industriellen Massenvernichtungsaktion der Geschichte, der etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen, fast ausschließlich Jüdinnen und Juden aus Polen. Lerch war

verantwortlich für die Ghettoisierung und die Deportation in die Vernichtungslager.

Der Prozess begann im Mai 1972 in Klagenfurt auf Antrag von Lerchs Verteidiger war der Prozessort von Wien dorthin verlegt worden. Dort traten jene Befürchtungen ein, die Hermann Langbein, Sekretär des „Comité International des Camps“ schon vor Prozessbeginn geäußert hatte: „Wichtige deutsche Zeugen waren erst gar nicht gekommen, und die wenigen anwesenden Zeugen, durchwegs ehemalige SS- und Wehrmachtsangehörige, [...] widersprachen sich und gaben Gelegenheit die Verhandlung schon nach drei Tagen auf unbestimmte Zeit zu vertagen.“

1976 wurde das Verfahren schließlich mangels Zeugenaussagen sang- und klanglos eingestellt. Lerch hatte immer geleugnet, von Deportationen gewusst zu haben, geschweige denn selbst an Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Weder in Polen, noch in Kroatien, wohin er nach Ende der Aktion Reinhard im Oktober 1943 versetzt worden war. Er starb 1997 in Klagenfurt.

Matthäus Rest studiert Doktorat Kultur- und Sozialanthropologie in Wien.

## Sponson? Promotion? Caterer gibt es viele!

Doch in wie vielen steckt schon der Wolf?



### Mensa c.d. – Essen, das ankommt!

Wer Mensa bisher nur mit dem Wort „Universität“ verband, wird Augen machen.

Bisher ein Geheimtipp, wirft die MENSA nun den Schafspelz ab und enthüllt, was dahintersteckt: Seit vielen Jahren unter anderem Namen höchst erfolgreich, zeigt das „Mensa Catering Departement“ jetzt unter „Mensa c.d.“, wie man Feste feiert.

Ob Sponson, Promotion, private Feier, Hochzeit, Business-Veranstaltung oder Großevent – das Mensa c.d. sorgt für die passende kulinarische Untermalung: von Sandwiches über Buffets bis hin zum Galamenü.

Zum besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

Wer hätte das gedacht.

Nähere Infos unter:  
[www.mensa-cd.at](http://www.mensa-cd.at)



Essen, das ankommt!

Ö1 DER FESTSPIELESENDER  
OE1.ORF.AT DAS FESTSPIELNETZ

ORF  
1  
RADIO ÖSTERREICH 1

Die Presse NOVOMATIC

Foto: Agentur Hoanzl



Raus aus dem Radio, rauf auf die Bühne. Das dachte sich der Kabarettist Paul Panzer, und der Deutsche Comedy-Preis 2006 scheint ihm Recht zu geben. Im Herbst ist er erstmals auch in Österreich zu sehen. **PROGRESS** verlost 3x2 Karten für *Heimatabend Deluxe* am 11.11.2008 im Wiener Gasometer. Schreib ein E-Mail mit Name und „panzer“ im Betreff bis 10.10.2008 an [gewinn.progress@oeh.ac.at](mailto:gewinn.progress@oeh.ac.at).

# Chillen und abrocken

In der letzten Ausgabe dieses Semesters präsentieren wir euch ein paar der kleineren Events des Festivalsommers. Natürlich gehen wir nicht ohne ein weiteres Gewinnspiel in die Sommerpause.

Seit ihrem spektakulären Live-Auftritt am *Nova Rock* 2007 und ihrem Best of Album *Kein Blick zurück* aus dem Jahr 2006 warteten ihre Fans gespannt auf das nächste Album. Nun hat *Sängerkrieg* das Licht der Welt erblickt und begeistert die Fans. Mit ihrer ersten Singleauskopplung *Frei zu sein* geben sich **IN EXTREMO** poppig, ohne ihren bekannten Mittelalter-Klängen untreu zu werden. Seit ihrer Gründung 1995 schart die Band eine eingeschworene Fangemeinde um sich. Und ja. Sie kommen wieder nach Österreich und zwar mit einer Einzelshow. Am 11.7.2008 werden sie unter freiem Himmel die *Arena Wien* beschallen. In *Extremo* wird auch diesen Sommer wieder Spuren hinterlassen.

Ein absolutes Novum im Musiksommer 2008 stellt die **THE NOVA JAZZ & BLUES NIGHT** dar. Sie findet erstmalig im Rahmen des *32. Jazz Fest Wiesen* an einem Tag – am 26.7.2008 – statt. Für alle Jazz- und Blues-LiebhaberInnen das absolute Muss diesen Sommer. Unter anderem werden folgende KünstlerInnen für die richtige Stimmung sorgen: *Erykah Badu*, die erstmals nach Österreich kommt, *The Crusaders* feat. Gründungsmitglied *Joe Sample & Nils Landgren*, *Macy Gray*, *Al Jarreau*, *Nils Landgren*, *Funk Unit*, *Omar* und das *Trio Exklusiv*. Diesen stimmungsvollen Tag in Wiesen darf man sich einfach nicht entgehen lassen.

Ein weiteres Top-Event ist das **PICTURE ON** Festival 2008 in Bildein (Südburgenland), das von 8. bis 9.8.2008 stattfinden wird. Bunt, verrückt, unvergesslich – so

könnte man das Festival beschreiben. Das diesjährige Line-up lässt das musikhungrige Herz höher schlagen: *Wir sind Helden*, *Clawfinger*, *Fotos*, *Mauf*, *Uriah Heep* uvm. Dieses Festival beweist einmal mehr: Der August ist zum Rocken da!

Das **LOVELY DAYS FESTIVAL** gehört sicherlich zu den spannendsten Festivals in Österreich. Love, Peace und Party sind die Schlagworte, die einem eingefleischte BesucherInnen entgegenschreien – auch im Sommer 2008. Am 17.8.2008 wird das Festivalgelände Wiesen für den Top-Act schlechthin bereit stehen: *Neil Young* wird kommen und den Sommer zu einem unvergesslichen Erlebnis machen. *Andrea Puslednik* ◀

**PROGRESS** verlost für jedes Event je 1x2 Tickets. Ein E-Mail mit Name, Anschrift und dem gewünschten Event im Betreff (z.B. „In Extremo“) an [gewinn.progress@oeh.ac.at](mailto:gewinn.progress@oeh.ac.at) schicken. Die GewinnerInnen werden schriftlich verständigt, Einsendeschlüsse in der Reihenfolge der Erwähnung: 26.6., 15.7., 28.7. sowie 5.8.2008.



Foto: Lovely Days

# Kultur

LICHT DES AUGENBLICKS

## Katerstimmung

Weiblich, 40, Alkoholikerin sucht... ist nicht der Beginn einer prickelnden Kontaktanzeige, sondern die Beschreibung der Hauptfigur im Film von Erick Zonca. Als Julia irgendwann zwischen den allabendlichen Wodka-Exzessen und der folgenden Katerstimmung ihren Job verliert, muss sie irgendwie wieder an Geld kommen. Sie besorgt sich eine Waffe und entführt den kleinen Tom. Auf der Flucht nach Mexiko passiert etwas Unerwartetes, das für Julia eine Wende bewirkt. Ein modernes Drama, das durch die überzeugende Leistung der Hauptdarstellerin beeindruckt und dabei die Grenzen zwischen Gut und Böse hinterfragt. *doba* ◀



Julia. Regie: E. Zonca. USA/FR 2007

## Raffiniert

Als eines Tages die bildhübsche Martine an die Tür des smarten Autoverkäufers Terry klopft, scheint der Traum vom großen Coup in Griffweite. Rasch findet sich eine Gruppe von liebenswerten Kleinganoven, die Martines Vorschlag – den Einbruch in eine Londoner Bank – umsetzen. Als sie aber ihre Beute in Händen halten, lässt sich die Büchse der Pandora nicht mehr schließen. Hervor kommen die schmutzigsten Geheimnisse der Londoner Unterwelt und des Königshauses. Ein rasanter Thriller, der mehr als eine Überraschung zu bieten hat. *doba* ◀



Bank Job. Regie: R. Donaldson. USA 2008

**PROGRESS** verlost in Kooperation mit dem *Movimento* und *Citykino* in Linz je 2x2 Karten für beide Filme sowie in Kooperation mit dem *Votivkino* in Wien 3x2 Karten für den Film „Julia“. E-Mail mit Name bis 23.6. an [gewinn.progress@oeh.ac.at](mailto:gewinn.progress@oeh.ac.at). Subjekt: Film und Stadt deiner Wahl.

**PROGRESS** verlost in Kooperation mit dem *Augartenkino* in Graz 3x2 Karten für „Julia“ oder einen anderen Film aus dem Programm. E-Mail mit Name, Adresse und dem Wunschfilm im Subjekt bis 25.6. an [augartenkino@eunet.at](mailto:augartenkino@eunet.at).

**PROGRESS** verlost in Kooperation mit dem *Gartenbaukino* in Wien ein „Gartenbaukino-Abo“. Dies beinhaltet u. a. 12 Vorstellungen aus dem laufenden Programm. Infos dazu gibst' unter [www.gartenbaukino.at](http://www.gartenbaukino.at) im Menüpunkt Tickets. Schreib ein E-Mail mit Name, Adresse und „abo“ im Betreff bis 25.6. an [gewinn.progress@oeh.ac.at](mailto:gewinn.progress@oeh.ac.at).

# Mehr Schein als Sein



Es werden zwar immer mehr Bücher gekauft, aber immer weniger gelesen. Warum dieser Widerspruch gar nicht so widersprüchlich ist, wenn man sich überlegt, worauf die hippen Jungen heutzutage stehen.

Zweckentfremdet: Bücher als Einrichtungsgegenstand.

Theresa Aigner

**A** Sie riechen gut, sie fühlen sich gut an und schauen meistens auch noch ziemlich gut aus. Die Rede ist von Büchern. Haben wir sie einmal, begleiten sie uns ein Leben lang. Es sei denn, es handelt sich um ein besonders schlechtes Exemplar, das man lieber nicht in seinem Bücherregal präsentiert - immerhin könnte es ja einen falschen Eindruck wecken, wenn da eine Rosamunde Pilcher zwischen den Klassikern der Literaturgeschichte herausblitzt. Und damit wären wir auch schon beim Kern des Themas angelangt.

**Buch statt Porsche.** Bücher, die schön eingeordnet im Bücherregal stehen, sind nicht nur deshalb dort aufgestellt, weil ein Ort benötigt wird, an dem sie nachdem (zumeist) einmaligen Konsum verwahrt werden können. Bücher sind Statussymbole. Sie geben Auskunft über ihre LeserInnen. Niemand lässt sich gern in der U-Bahn auf das Cover einer seichten Liebesgeschichte starren. Schnell wird sich bei den benachbarten Fahrgästen der Eindruck, es mit einem ungebildeten Menschen zu tun zu haben, aufdrängen. Und einmal ehrlich: Wer hat sich noch nie dabei ertappt genau das zu denken, wenn die Person gegenüber in einer dieser buchgewordenen Telenovelas liest.

Ernst Stein schreibt in der Zeit, dass sich Kulturware per Definition nicht als Statussymbol eignet. Er ist der Meinung, dass ja niemand auf der Strasse riechen kann, dass man 26 Bände über Kunst, von den Etruskern über Arcimboldi bis hin zu Jackson Pollock zuhause stehen hat. Damit mag er

Recht haben, dennoch konstruiert sich das Fremdbild, das wir zu vermitteln versuchen, nicht nur durch spontane Kontakte auf der Straße. Sondern vielmehr durch FreundInnen und Bekannte, die auch mal in die Privatsphäre der eigenen vier Wände vordringen. Und da geht es dann so richtig los.

**Trendbewusst.** In der Küche viel Obst und Gemüse (gut sichtbar, damit auch alle sehen, wie ernährungsbewusst und gesund man lebt), im Bad wenig Kosmetikprodukte (man ist ja emanzipiert und legt Wert auf Natürlichkeit), im Wohnzimmer nicht zu viele Schuhe (Sneakers, ein bisschen dreckig, man gibt ja nicht zuviel auf Äußerlichkeiten) und im Wohnzimmer: Ja, eine gemütliche Couch mit Blick auf ein wohl gefülltes Buchregal. Aber bitte nicht die falschen Bücher. Neben den Standardwerken die für das Studium gekauft werden, tummeln sich die Manns, Dostojewskis, Camus', Kafkas, Woolfes, Hesses, Nabokovs, und wie sie alle heißen, die Großen der Literaturgeschichte. Aber einmal im Ernst: Wer hat sie denn alle gelesen? Wahrscheinlich die wenigsten. Und die, die es wirklich getan haben, brauchen nicht notwendigerweise die gut sichtbare Bücherwand, um ihrer Umwelt glaubhaft zu machen, dass sie über breites Wissen und Intellekt verfügen.

In Anbetracht der Zeit die im Schnitt für das Lesen von Büchern aufgebracht wird, verwundert es nahezu, dass überhaupt noch Bücher gekauft werden. Diese Zeit nimmt nämlich kontinuierlich ab. Allerorts wird über die Konkurrenz durch die so genannten neuen Medien geklagt. Schon lange prophezeien ExpertInnen, dass digitale Quellen das gute alte Buch in spätestens 50 Jahren abgelöst haben werden. Dennoch kaufen die

Menschen Bücher – allerdings anders als früher. Hatte früher noch jede literaturinteressierte Person eine Buchhandlung des Vertrauens, kaufen heute die meisten in den Filialen und Onlinestores der Großkonzerne.

**Erlebnis Buchkauf.** In den Kaufhäusern: Riesige Schau-tische, hoch beladen mit Neuem und Altem aus der Welt der Literatur. Hier weiß niemand was früher schon gekauft wurde, welche AutorInnen man bevorzugt und niemand empfiehlt aufgrund langjährigen KundInnenaseins das neu erschienene Werk, dass man unbedingt haben muss. In den Bücher-Megastores erledigen die Plakate, die uns die erklären was gelesen werden soll. Während Bookstores wie *Thalia* oder *amazon.de* satte Gewinne abstauben, klagen die gut sortierten, kleinen Buchläden über zurückgehende Einnahmen. Kein Wunder, denn lesen wird nur mehr von einem geringen Teil der Bevölkerung, als tatsächliche Freizeitgestaltung gesehen und Handelsketten wie *Thalia* haben das „erlebnisorientierte Einkaufen“ schon in ihrem Mission Statement verankert. So fragt man sich dennoch, wie die Zahlen aus dem Buchverkauf steigen können, während das Interesse am Lesen schwindet und die dafür aufgebrauchte Zeit ebenfalls abnimmt. Bücher kaufen ist hipp, denn wie oben schon erwähnt, gelten Leute die lesen als gebildet – die Bücher werden gekauft oder verschenkt, dann fristen sie allerdings ihr staubiges Dasein im aufgemotzten, gut sichtbaren Bücherregal. Gelesen werden sie weitaus seltener.

Theresa Aigner studiert Journalismus an der FH-Wien.

## Die Sache mit der Wahrheit

**D**ie Wahrheit ist so eine Sache und auch schon die *Doors* sangen: „People are strange when you're a stranger.“ Diese beiden Gemeinplätze treffen sich in *Zehn Wahrheiten*, einer Sammlung von 16 Stories des amerikanischen Multitalents Miranda July. Die 1974 geborene Künstlerin macht auch Filme (*Ich und du und alle, die wir kennen*), ist Schauspielerin und nicht zuletzt Schriftstellerin. Also: People are strange. Miranda Julys Erzählwelten sind bevölkert von zerbrechlichen, melancholischen und latent autistischen Figuren auf der Suche nach menschlicher Nähe. Die Stories erzählen von heimlichem Begehren, verdrängter Sexualität, unerfüllter Liebe und Einsamkeit – kurzum von Menschen, die auf ein neues Leben warten. Ein Leben, das doch nie kommt, aber an brüchigen Stellen wild hervorbricht. July erzählt diese Geschichten mit wunderbarer Lakonie und trockenem Humor, ohne ihre (hauptsächlich weiblichen) Figuren je bloßzustellen. Die Stories erzäh-

len in verschiedenen Variationen, dass die Wahrheit im Suchen nach einem Ort der Nähe besteht, einer Nähe, die sich vielleicht nur kurz und für einen verwirrenden Moment festhalten lässt. Oder wie es in einer der Geschichte heißt: „Alles, was wir tun, tun wir um anderer Menschen Willen. Weil wir sie lieben. Oder weil wir sie eben nicht lieben.“ Darüber hinaus lassen die Stories die LeserInnen mit einer eigenartigen Stille allein, in die hinein sich die Frage drängt, ob es ihnen selbst nicht auch so ergeht. Dieses Moment der existentiellen Unsicherheit steckt in jeder ihrer Erzählungen, weshalb der Konsum in kleinen Dosen zu empfehlen ist.

tim <

Miranda July, „Zehn Wahrheiten“. Stories. Diogenes Verlag, Zürich 2008. 257 S., EUR 18,90.



## Zwischen Mord & Kartenspiel

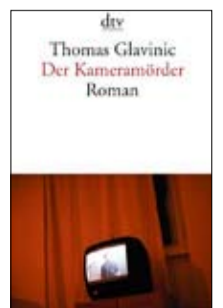
**I**n seinem dritten Roman aus dem Jahr 2001 thematisiert der steirische Autor Thomas Glavinic den Umgang der Medien mit einer grauerregenden Tat und die zwiespältigen Reaktionen der Bevölkerung, zwischen Faszination und Entrüstung. Mit den Worten: „Ich wurde gebeten, alles aufzuschreiben“, beginnt eine sehr genaue, aber auch emotionslose Ich-Erzählung in einer teilweise nicht gar so geläufigen Sprache. Am Osterwochenende, das der Erzähler mit seiner Lebensgefährtin bei einem befreundeten Paar in der Steiermark verbringt, ereignet sich ein furchtbarer Doppelmord ganz in der Nähe. Im Teletext, im Fernsehen und in den Zeitungen verfolgen sie die Berichterstattung über eine grauenhafte Tat, die MedienvertreterInnen aus aller Welt den Ort belagern lässt.

Ein Mann mittleren Alters hatte drei Brüder in seine Gewalt gebracht und zwei davon durch Drohungen so weit gebracht, sich von einem Baum in den Tod zu stür-

zen. Das Ganze hatte er noch mit einer Videokamera aufgenommen. Das Videoband wird einem Privatsender zugespielt und dieser beabsichtigt, es auch auszustrahlen, „um das Ausmaß der Tragödie der Öffentlichkeit vor Augen zu führen“. Das löst nicht nur unter den vier Bekannten Diskussionen aus, sondern ruft vor allem auch Statements von Seiten der Politik und Kirche hervor. Während auf die Neuigkeiten und natürlich auf die Ausstrahlung des Bandes gewartet wird, verbringen die beiden Paare ihre Zeit mit Federball, Kartenspielen und Tischtennis, bis sie sich mitten in der Fahndung nach dem Täter befinden.

dap <

Thomas Glavinic, „Der Kameramörder“. Roman. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München, 2007. 160 Seiten, EUR 8,30.



# Diesseits von Mausewitz

Adornos Diktum, dass nach Auschwitz kein Gedicht mehr geschrieben werden dürfe, das die Schrecken des Holocaust unthematisiert ließe, ist in seiner Rigidität kaum zu übertreffen. Selten wurde es in so breitenwirksamer Art realisiert, wie dies Art Spiegelman mit seinem Comic *Maus* gelang.

BARBARA EDER

Betrachtet man unbedarft erstmals einen Comic, könnte man vorschnell zu finden glauben, was im Namen des Mediums etymologisch angelegt ist: Ein Comic habe in erster Linie komisch zu sein, in zweiter Linie solle er unterhalten und außerdem den Anforderungen eines schnelllebigen Zeitgeistes entsprechen. Die Aufbereitung allzu ernsten Gesprächsstoffes erwartet man sich als Comic-NewcomerIn von der Lektüre nicht. Doch dann schlägt sie oder er Art Spiegelmans *Maus* auf und muss feststellen, dass das Medium mehr kann, als dem Diktat der schnellebigen Unterhaltungsindustrie zu folgen. Spiegelmans zweiteilige Graphic Novel *Maus* behandelt die Geschichte des Vaters des Autors, der gemeinsam mit seiner Frau

die Konzentrationslager Auschwitz und Dachau überlebt hat. Durch Diamanthandel brachte es Wladek Spiegelman im amerikanischen Exil zu Ruhm und Ansehen. Die Mutter des Erzählers, Anja Spiegelman, beging indes Selbstmord durch Tabletten – eine Episode in *Maus*, die durch einen „Comic im Comic“ mit dem Titel *Gefangener auf dem Höllenplaneten* gesondert thematisiert wird.

**Verharmlosungsvorwurf.** *Maus* ist die Geschichte eines Sohnes, der die Geschichte seines Vaters nacherzählt. Kritik hat Spiegelman vor allem die Maskierung seines Personals eingebracht. Jüdinnen und Juden werden in *Maus* als Mäuse dargestellt, Nazis als Katzen, AmerikanerInnen als Hunde, Polinnen und Polen als Schweine, Französischen und Franzosen als Frösche und so weiter. Was seitens seiner KritikerInnen als

Verharmlosung des Holocaust bezeichnet wurde, war von Spiegelman in gegenläufiger Hinsicht intendiert: Er setzte Tiermasken ein, um Distanz zu den Erzählungen seines Vaters zu gewinnen. Anderweitig wären die Geschichten von Flucht, Vertreibung, Not, Elend und Tod nicht zu ertragen gewesen.

**Schrecken in Bildern.** Egal, ob es sich bei den Darstellungen in *Maus* um Geschichte – etwa den Einmarsch der Nazi-Truppen im polnischen Sonowitz – handelt, oder aber um Geschichten des Vaters: So wie Aneinanderreihungen historischer Jahreszahlen oder Erzählungen von ZeitzeugInnen bleibt das finale Geschichtsbild unvollständig. Trotz der dem Medium innewohnenden Fiktionalität und des damit einhergehenden Hangs zur Überzeichnung sind die dargestellten Ereignisse dennoch real. Sie sind dies paradoxerwei-

se, weil der point of view des Beobachters den Bildern stets eingeschrieben ist: Für den Sohn, der die Geschichte seines Vaters „bloß“ imaginiert, ist diese Bestandteil seiner subjektiven Erlebniswelt. Für kurze Zeit wird die selbe Geschichte auch ein Element der Vorstellung der LeserInnen.

Der Unterschied zwischen dem Erleben und dem Erlesen des Holocaust manifestiert sich darin, ob es möglich ist, Art Spiegelmans Buch jemals wieder zu schließen.

Barbara Eder studiert Doktorat Geschichte in Wien.



# Hitler the Hilarious

Mel Brooks' Klamauk-Musical *The Producers* brach 2001 am Broadway alle Kassenrekorde. Am 30. Juni wird es nun erstmals in deutscher Sprache aufgeführt - im Wiener Ronacher Theater. Ob über den Nationalsozialismus nun gelacht werden darf, fragt hier niemand mehr. Frühling für Hitler!

JULIA NOVAK

Nun ist es soweit: *The Producers* kommt nach Wien. Wer als ÖsterreicherIn schon vorher im Ausland Gelegenheit hatte, den stimmungsvollen „Arier-Gesängen“ der schwulen Hitler-Figur („Springtime for Hitler and Germany...“) zu lauschen, kennt wohl das Gefühl, im falschen Film bzw. Musical zu sein: langbeinige, vollbusige, blond-bezopfte „deutsche Schönheiten“ mit überdimensionaler Laugenbrezel und Germanenhelm stolzieren über die Bühne und trällern „Here comes the master race“.

Zugegeben – die Verbindung von Komik und Nationalsozialismus ist ebenso alt, wie die Diskussion darüber; man denke nur an Charlie Chaplins Meisterwerk *Der große Diktator* (1939), oder Ernst Lubitschs *Sein oder Nichtsein – Heil*

*Hamlet!* (1942). Allerdings waren die Untaten der Nazis damals noch nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs dauerte es Jahrzehnte, bis die Holocaust-Komödie ein Massenpublikum fand. Roberto Benignis *La Vita è bella* löste 1997 schließlich heftige Debatten über die Darstellung des Holocaust aus. Guido, der jüdische Held des Films, lässt sich selbst angesichts des unaussprechlichen Grauens weder seinen Humor noch seine Lebensfreude nehmen – was erneut die Frage aufwarf, ob das Lachen im Zusammenhang mit dem Holocaust jemals legitim sein könne.

**Lachzwang.** „Lachen darf man nicht, lachen muss man“, heißt es dazu in dem 2003 erschienenen Sammelband *Lachen über Hitler*. Hier werden zwei Formen des Lachens unterschieden: das autoritäre und das antiautoritäre. Ersteres sei das scha-

denfrohe Lachen der UnterdrückterInnen, es ist noch heute anzutreffen als das Lachen rechtsextremer Burschenschaftler über die Nazi-Gesänge von Liedermacher Michael Müller („Mit sechs Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an...“). Das antiautoritäre Lachen – wie es in *La Vita è bella* oder auch in Radu Mihaileanus Tragikomödie *Zug des Lebens* (1998) anzutreffen ist – widersetzt sich hingegen Hitlers Prophezeiung von 1942, dass den Jüdinnen und Juden „das Lachen überall vergehen“ werde. Joachim Paech beschreibt es als „befreienden Akt“, als eine „Geste des Widerstands“, die „dem Leben immer wieder einen Spielraum verschafft“.

**Juhu, wir brechen ein Tabu.** Nun gibt es aber noch eine dritte, jüngere Art, über Nazi-Darstellungen zu lachen. Wenn Stermann und Grissemann in der *Deutschen Kochschau* im „Rührerhaupt-

quartier“ mit dem „Endsieb“ hantieren und sich schließlich „Ess Ess!“ zurufen, wenn in Hitlers Büro von *Switch reloaded* die Hakenkreuztaste der Schreibmaschine hängt, dann ist das ausgelöste Lachen ein unbedachtes, oder zumindest ein unbeteiligtes. Entspringt es der Freude am Brechen eines Tabus, das den Lachenden bereits so überholt, so „historisch“ scheint, dass es eigentlich gar keines mehr ist? *The Producers* lebt jedenfalls von diesem Lachen: Es drängt die Thematik des Holocaust an den Rand, lässt sie zu einer bloßen Folie von beschämend-amüsanten Wortspielen werden. Ende Juni wird sich nun zeigen, ob die Zeit wirklich schon reif für diesen distanziert-humorvollen Umgang mit der Geschichte ist.

Julia Novak studiert Doktorat Anglistik und Amerikanistik in Wien.

# Fest mit Sturschädel

Wer im nördlichen Salzkammergut den Ausruf „Bock Ma's“ zu hören bekommt, kann diesen entweder als Synonym für „Packen wir es“ im Sinne eines Aufbruchs verstehen oder es auf das gleichnamige Festival beziehen. PROGRESS geht der Frage nach, warum das *Bock Ma's* zu einem „Geheimtipp“ avanciert ist.

RICHARD SCHACHINGER

Wir wollten ein Projekt ins Leben rufen, das jungen Menschen die Möglichkeit gibt, sich sozial und kulturell zu engagieren“, antwortet Michael Schumer, einer der *Bock Ma's*-InitiatorInnen, auf die Frage nach den Beweggründen für das Festival. „Außerdem“, so Michael Schumer weiter, „war es uns wichtig, dem kulturellen und künstlerischen Potential der Region eine Plattform und Öffentlichkeit zu bieten“. Die angesprochene Plattform wurde folglich mit dem Kulturverein *Sozialforum Freierwerk* als Zusammenschluss dreier Kulturinitiativen im Jahr 2004 gegründet.

**Benefiz mit Bock.** So simpel diese Gründe für kulturelles Engagement auch erscheinen mögen, umso eigenwilliger ist das resultierende Festivalkonzept, welches den Bockkopf im Logo verständlicher macht. Das *Bock Ma's* ist ein Benefizprojekt, das sich dadurch charak-

terisiert, dass der gesamte Reinerlös an das Flüchtlingsprojekt von Ute Bock gespendet wird. Dafür verzichten alle Mitarbeitenden ebenso auf ihre Gage wie die auftretenden Bands und KünstlerInnen. „Ohne den unbezahlten Einsatz der OrganisatorInnen im Vorfeld und der rund 150 freiwilligen MitarbeiterInnen am Festival selbst, wäre der Benefizgedanke nicht umsetzbar“, meint die Freierwerk-Sprecherin Beate Tremel.

**Hehre Ziele.** Da freie Kulturarbeit tendenziell ehrenamtlich geleistet wird, kann der Benefizgedanke nicht die alleinige Erklärung für die „Besonderheit“ des Festivals sein. Ist er auch nicht. Denn die VeranstalterInnen verfolgen das hehre Ziel, „Festivalspaß“ mit „gesellschaftspolitischer Bewusstseinsbildung“ zu kombinieren. Dafür werden zahlreiche NGOs eingeladen, um vor Ort mit ihren Infoständen die Möglichkeit eines gesellschaftspolitischen Diskurses zu bieten. Vom Festivalgelände selbst werden alle Werbebanner verbannt, da sich das

Festival-Spaß für einen guten Zweck:  
Bock ma's!



Foto: Sozialforum Freierwerk

Projekt nach eigenen Angaben als „Ur-laub von der kommerziellen Reizüberflutung“ versteht. Im kulinarischen Bereich werden außerdem gezielt Bio- und Fairtrade-Produkte in die Speisekarte aufgenommen. Inwieweit diese Maßnahmen den einen oder anderen Hebel in den Köpfen der BesucherInnen umlegen, sei dahingestellt. Fest steht allerdings, dass diese Bemühungen positiv hervorgehoben werden dürfen.

**Bock Ma's 2008.** Heuer findet die vierte Auflage des *Bock Ma's*-Festivals von 22. bis 24. August auf der Altwartenburg in

Timelkam statt, wobei das Projekt mitunter von Bands wie *Mauracher*, *Texta*, *The Scarabeus Dream* oder *The Stagers* unterstützt wird. „Wir versuchen möglichst viele Musikstile im Line-up zu präsentieren und gleichzeitig Nachwuchsbands eine Auftrittsmöglichkeit zu geben“, erklärt der *Freierwerk*-Sprecher Reinhold Seyfriedsberger. Wer Bock auf ein anderes Festivalerlebnis hat, ist mit einem *Bock Ma's*-Besuch jedenfalls gut beraten.

Richard Schachinger studiert Soziologie in Linz.

[www.bockmas.at](http://www.bockmas.at)

ZWEIMAL HINGEHÖRT



**Gustav**  
*Verlass die Stadt*

**LISA KORTSCHAK:** Ja, ihr Debütalbum *Rettet die Wale* war großartig. Diese kindlich-reine Stimme, die unheimlich starke Texte direkt in Herz und Hirn sang, berührte damals sogar den outgeburntesten Ex-Linken in politischer Frühpension. Das Album *Verlass die Stadt* wächst darüber hinaus: Alpenklang, treibende Beats und Ballade treffen auf herrlich schräge Arrangements und *Gustav's* increased Ausdruckskraft. Wenn sie ‚SCHIZOPUNK‘ ins Mic schreit, bin ICH gerührt. Weil ihr Riot so jut steht! Bravo, Gustav!

**ROSA DANNER:** Lädt auf den ersten Lauscher zu beschwingtem Schunkeln ein. Musical-Elemente, konzertierte Bläser und Streicher und die verspielte Elektronik färben die Oberfläche zuckerlos, der Lack beginnt aber an allen Enden abzublättern. Wenn die Korrosion nicht schon im Musikalischen einsetzt, bürstet *Gustav* ihre Songs auf der Textebene gegen den Strich. Sie schafft mühe-los Anschluss ans Debüt, freche, reflektierte Chansons da und dort, durchaus tanzbar und rockig. Ich bekomme „Sehnsucht nach der letzten Katastrophe“.



**Bulbul**  
*Bulbul 6*

**LISA KORTSCHAK:** Drei *Bulbul*-Jungs'n'Guests – geschüttelt, nicht gerührt, das ergibt: *Bulbul 6*. Ein Album, das dahinrollt wie eine Autofahrt durch die Tundra. Hitverdächtige Nummern zu bieten hat es – allemal! Mit unheimlich abwegigen Rockrhythms, verschiedenlichst eingesetzten Stimmorganen und einfach guten Songs hat *Bulbul 6* eine magnetische Grundenergie, die einen bis zum letzten Track in ihrem Bann hält. Manchmal sind die Herren halt gar auf Text-Schmähtandel ... aber eigentlich – bravo, *Bulbul*!

**ROSA DANNER:** *Bulbul* stiften mich an, eine Moped-Gang zu gründen und mit der Cross durch den Wald zu brettern. *DD Kern* an den Drums treibt die Herrn an den verstärkten Saiteninstrumenten vor sich her wie Galeerensklaven, die wiederum ihr Werkzeug wie rostige Äxte schwingen, um mir den Weg frei zu holzen. Eine Verschnaufpause gibt's, wenn Carla Bozulich als Gast-sängerin anhebt, da wird's sogar andächtig. Philip Quehenberger am Keyboard, zweiter Visitant, sorgt für psychedelische Gänsehaut. When it's loud, I feel safer ...



Lisa Kortschak singt gerne (Volxtheater-Liederabend, Lasino) und spielt manchmal Schau (aber nicht privat). Ist gerne Kukuruz. Mag Ulk und Ernst, aber alles zu seiner Zeit.  
[www.myspace.com/lasino](http://www.myspace.com/lasino)

Rosa Danner ist eine von zwei laminadyz, liebt verfürte Gesichter und wippende Zehen, schaut regelmäßig GZSZ und schreibt unter anderem für das Musikmagazin Skug.  
[www.myspace.com/laminadyz](http://www.myspace.com/laminadyz)



# DOSSIER

## Eugenik

Nicht nur unter Nazi-Herrschaft praktiziert

## Grenzen

Über Leihmutterschaft und Auslandsadoption

## Inzest

Betrachtung einer widersprüchlichen Kulturgeschichte

## Behinderung

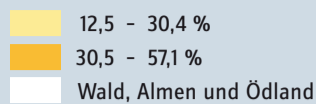
Grenzverschiebung in der Sicht von lebenswertem Leben



## Politik der Reproduktion

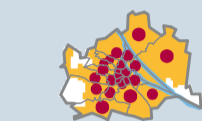
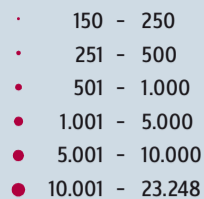
Wer Kinder bekommen soll und darf

Anteil der Familien ohne Kinder an den Familien insgesamt

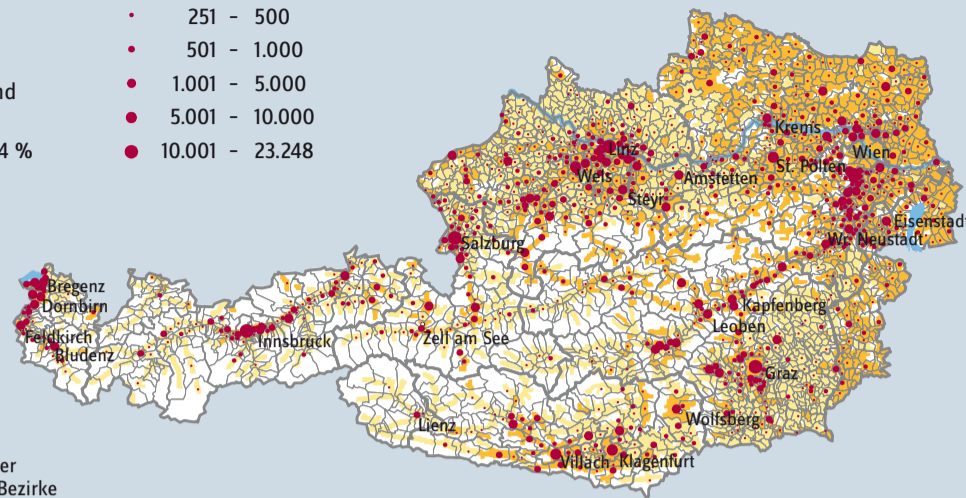


Mittelwert der Gemeinden: 30,4 %

Zahl der Familien ohne Kinder



— Grenzen der Bundesländer  
— Grenzen der Politischen Bezirke  
— Grenzen der Gemeinden



Quelle und Grafik: Statistik Austria 2007, Daten der Volkszählung 2001

## Kinderlose Familien in Österreich

Nicht nur in den Ballungsräumen gibt es immer mehr Familien, die keine Kinder bekommen wollen oder können. Die *Statistik Austria* erfasst jedoch nur klassische heterosexuelle Ehen und Lebensgemeinschaften.

# Wie sich Österreich zeugt

**Mein Bauch gehört mir! Die Antibabypille steht für einen Meilenstein auf dem Weg zur Selbstbestimmung der Frauen, wenn es darum geht, Schwangerschaften zu verhindern. Doch wie sieht es mit der Selbstbestimmung aus, wenn Frauen Kinder wollen? Und sind alle Kinder gleichermaßen politisch erwünscht? Über den Zugang zu Fortpflanzungsmedizin und ökonomische Zwänge.**

BABETTE HEBENSTREIT

Spätestens seit Elisabeth Gehrler 2003 zu „Kindern statt Party“ aufgerufen hat, sollte man meinen, Kinder wären staatlich erwünscht. Anscheinend jedoch nur Kinder aus den „richtigen“ Familien – denn laut Gesetz ist medizinisch unterstützte Fortpflanzung „nur in einer Ehe oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft zulässig“. Und zwar nur, wenn die Zeugungsunfähigkeit nachgewiesen ist oder „ein Geschlechtsverkehr [...] wegen der ernststen Gefahr der Übertragung einer schweren Infektionskrankheit auf Dauer nicht zumutbar ist“. Das bedeutet: keine Kinder für Singles und Homosexuelle.

**Samenbanken.** Andere Länder haben anonyme Samenbanken und bieten damit Frauen die Möglichkeit, alleine zu entscheiden. Nicht so in Österreich. Hier muss alles geregelt ablaufen. Denn jedes Kind braucht zumindest auf dem Papier einen Vater. Wollen zwei Lesben ein Kind, bleibt nur die Möglichkeit einen Samenspender zu organisieren und dann per Selbstversuch die Befruchtung vorzunehmen. Da zwei Frauen ein Kind nicht gemeinsam adoptieren dürfen, trägt der Samenspender alle rechtlichen Konsequenzen – inklusive Unterhaltspflicht.

**Armut.** Doch selbst nach geglückter Zeugung bleibt immer noch die Frage des Geldes. Nicht alle können sich Kinder auch leisten. Laut Statistik Österreich waren 2005 acht Prozent aller Kinder armuts-

gefährdet. Die Chance arm zu sein, erhöht sich gewaltig, wenn man das Kind eines Alleinerziehers bzw. einer Alleinerzieherin ist (17 Prozent) oder wenn man aus einer Familie mit drei oder mehr Kindern kommt (37 Prozent). Dazu unterscheidet sich das Nettohaushaltseinkommen von Mehrpersonenhaushalten mit und solchen ohne Kinder um 5.000 Euro. Wer will bei dieser Aussicht Kinder aufziehen?

**Sicherheit.** Entscheidet sich eine Frau trotz dieser nicht allzu rosigen Ausgangslage für ein Kind, so ist sie während der ersten Schwangerschaftsmonate mit neuen Fragen konfrontiert. Denn sie wird von einer Vorsorgeuntersuchung zur nächsten geschickt. Obwohl deren Aussagekraft über eine mögliche Behinderung oder Krankheit des Nachwuchses oft gering ist und die Chance einer Fehlgeburt drastisch steigt, wollen immer mehr Eltern die Sicherheit eines „gesunden“ Kindes. Ärzte und Ärztinnen hingegen sichern sich dadurch ab, keine Untersuchung ausgelassen zu haben. Das Ziel jedoch ist unklar: Sollen „nicht-gesunde“ Kinder abgetrieben werden?

Österreich will also mehr Kinder, aber nur wenn sie reich und gesund sind und in idyllischen heterosexuellen Kernfamilien aufwachsen.

*DI.<sup>in</sup> Babette Hebenstreit absolvierte Technische Physik in Graz und studiert mittlerweile Gender Studies in Wien. Sie ist als Sachbearbeiterin im Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik der ÖH-Bundesvertretung aktiv.*

EDITORIAL

## Familienland Österreich

Schenkt man den Klischees Glauben, müsste Österreich ein perfektes Land sein, um Kinder großzuziehen. Wohlstand, Bildungsmöglichkeiten, frische Luft. In der Frage, wer aber Kinder bekommen darf und soll, wird die Differenz zwischen persönlichen Ansprüchen und politischer Realität deutlich. Sie bildet den Ausgangspunkt für das vorliegende Dossier. Von der Debatte um Eugenik bis hin zur Problematik von Auslandsadoptionen und Leihmutterchaft spannt sich der Bogen. Ursula Naue erläutert im Interview die Verschiebung der ethischen Koordinaten, wenn es um behinderte Kinder geht. Abgerundet wird das Dossier von einer kultur- und rechtsgeschichtlichen Betrachtung des Inzest-Begriffs und von einer soziologischen Analyse der Überführung der In-Vitro-Fertilisation in den österreichischen Alltag. *red*

KRAFT DER ZAHLEN

## Ohne gefrorene Spermien

Fortpflanzungspolitik wird auf die eine oder andere Weise betrieben, seit der Mensch das Eigentum und dessen Vererbung erfand. Ganz ohne tiefgefrorene Spermien konnte etwa im antiken Judentum ein Mann posthum Nachwuchs zeugen. Zumindest rechtlich. Starb ein Mann kinderlos, so hatte sein altersmäßig nächster unverheirateter Bruder die religiöse Pflicht (Lev. 18,16; Dtn. 25,5-10), mit der Witwe des Verstorbenen die sogenannte Leviratsehe einzugehen. Wenigstens mussten beide einverstanden sein. Die aus einer solchen Verbindung entsprossenden Kinder galten juristisch als die des verstorbenen Bruders.

Mindestens so alt ist auch der Kaiserschnitt. Als *sectio caesarea* wurde er im alten Rom erfunden. Eine Gesetz aus der Königszeit (753–510 v. Chr.) sah vor, dass keine schwanger verstorbene Frau beerdigt werden durfte, ohne dass die Leibesfrucht aus ihr herausgeschnitten worden war. Der erste Träger des Namens Cäsar soll übrigens so aus dem Mutterleib geschnitten worden sein (von lat. *caedere*, schneiden). Dass der Cäsar, also Gaius Julius, ebenfalls auf diese Art zur Welt gekommen sei, ist aber wohl eine Mär. Seine Mutter überlebte seine Geburt, was bei einem Kaiserschnitt damals praktisch nie der Fall war und sicher aktenkundig geworden wäre.

Der katalanische Heilige San Ramón Nonato (der „Nichtgeborene“) kam um 1202 so zur Welt, der Graf von Cardona soll mit seinem Dolch den Schnitt geführt haben. Wohl deswegen gilt der Hl. Raimund heute als Schutzpatron der Hebammen und Schwangeren. Den ersten bekannten Kaiserschnitt, den Mutter und Kind überlebten, führte im Jahr 1500 der Schweizer Schweinekastrator Jacob Nufer aus. Dennoch lag die Müttersterblichkeitsrate bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert bei über 80 Prozent. *pep*



# Der Wert des Lebens

**Mit der Entstehung der modernen Humangenetik wurde auch der Traum einer gesunden, starken Menschheit geboren. Ein Traum der bald in einen Albtraum umschlug. Die Umsetzung eugenischer Maßnahmen in der NS-Zeit und danach kostete hunderttausende Menschenleben. Am Grunde des Albtraumes wurden grundsätzliche Fragen über den Wert des menschlichen Lebens freigelegt.**

TIMON JAKLI

Die ersten Assoziationen mit dem Begriff Eugenik sind meist negativ und wecken Erinnerungen an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Wörtlich bedeutet Eugenik „gutes/schönes Geschlecht“. Der Begriff entstand aus der Anwendung humangenetischer Erkenntnisse auf die Gesellschaft. Mit ihm werden Maßnahmen zur Verbesserung des Erbanlagenbestandes einer Population bezeichnet. Doch Eugenik ist keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern hat eine Vorgeschichte und auch eine Fortsetzung.

**Die Anfänge.** Ende des 19. Jahrhunderts begann man in Biologie, Medizin und Ökonomie nach den Kosten und dem Nutzen der/des Einzelnen für die Gesellschaft zu fragen. Francis Galton beschäftigte sich mit Vererbung und übertrug die Lehre Darwins auf die Sozialpolitik, wofür er 1883 den Begriff Eugenik einführte. Der Sozialdarwinismus lehrte, die moderne Medizin und Sozialfürsorge würden eine „Gegenauslese“ bewirken und zur „Vermehrung der Hilfsbedürftigen“ beitragen. Damit verbunden war die Theorie, „entartete“ Menschen würden sich überdurchschnittlich schnell fortpflanzen und langfristig die „gesunden“ Menschen verdrängen. Im Gegensatz dazu sollte eine künstliche Selektion „fortpflanzungswürdiges“ Leben und die „Eigenschaften der Rasse“ fördern sowie die Entwicklung einer „hochbegabten Menschenrasse“ unterstützen. Diese Debatten wurden im Ersten Weltkrieg angeheizt, als von „Menschenmaterial“ die Rede war und die Gesellschaft mit dem Ausfall einer ganzen Generation junger Männer konfrontiert war. Durch Erwägung der Kosten für die Pflege Kranker und Behinderter in Relation zu den Toten an der Front unterstrichen die SozialbiologInnen ihre Argumente.

**Auslese und Ausmerze.** Die EugenikerInnen lassen sich grob in zwei Gruppen teilen. Die VertreterInnen der „positiven“ Eugenik befürworteten die „Auslese“ von Leben, während die „negative“ Eugenik die „Ausmerze“ von „lebensunwerten“ Menschen zum Ziel hat. Jedoch näherten sich die Richtungen aneinander an, wenn es um Mittel wie Sterilisation, erzwun-

gene Abtreibung und Tötung „entarteter“ Menschen ging. Die Klassifikation von „entartet“ oder „lebensunwert“ folgte dabei einer kruden Mischung aus Moralismus, Rassentheorie und Naturwissenschaft. So schlossen diese Begriffe Kranke, Alkoholabhängige, moralisch verdächtige Personen, sozial Schwache oder weniger Begabte ein. Immer mehr fand auch der Gedanke einer wertvollen und reinen „nordischen Rasse“ Eingang in den Diskurs – und damit der Begriff der „Rassenhygiene“. Dabei war Eugenik nicht nur Sache der Rechten: Auch in der Sozialdemokratie fanden sich BefürworterInnen für eugenische Maßnahmen, wie beispielsweise Julius Tandler.

zynisch mit „Euthanasie“ („schöner Tod“) bezeichnete Tötung von über 5.000 geistig und körperlich behinderten Kindern und Babies war die weitere Konsequenz dieses Denkens. Durch einen Erlass Hitlers wurde 1939 die Euthanasie von geistig und körperlich behinderten Erwachsenen in Gang gesetzt („Aktion T4“). Aufgrund massiver Proteste wurde diese Aktion jedoch abgebrochen und dezentral weitergeführt. Die Zahl der Euthanasieopfer wird für Österreich auf 25.000 geschätzt. Von der Bewertung menschlichen Lebens nach Maßstäben der Kosten-Nutzen-Rechnung und der Rassenhygiene führt eine direkte Linie zur Shoah und der Ermordung von über 6.000.000 Jüdinnen und Juden.

ge bestanden die Regelungen auch in anderen skandinavischen Ländern. Auch in der Schweiz wurden bis in die 1980er Jahre hinein zwangsweise Sterilisationen vorgenommen.

**Ein heikles Thema** ist Eugenik auch heute noch. So sieht das österreichische Recht vor, dass, wenn „eine ernste Gefahr besteht, daß das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde“, ein Schwangerschaftsabbruch bis unmittelbar vor der Geburt möglich sei (StGB §97). KritikerInnen sehen darin eine Verletzung des grundsätzlichen Schutzes und Wertes von Leben, während BefürworterInnen hier Frauenrecht verankert



**Der Nationalsozialismus** setzte die Forderungen der Soziobiologie radikal um. Bereits vor 1933 hatten zahlreichen Staaten eugenische Maßnahmen (Eheverbote, Sterilisierungsgesetze) implementiert, darunter die USA, Dänemark und die Schweiz. Doch im nationalsozialistischen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wird betont: „Jedenfalls hat bisher kein Staat der Welt den Mut gehabt, die Sterilisierung von erbkranken Personen umfassend gesetzlich zu regeln.“ Die „umfassende“ Regelung bestand in der Sterilisierung von fast 400.000 Menschen in Deutschland und 10.000 Menschen in Österreich, wobei hier in hohem Maße soziale Diagnostik betrieben wurde: 50 Prozent der Anträge wurden aufgrund von „Schwachsinn“ gestellt, in Landgebieten sogar bis zu 80 Prozent. Die

**Globales Phänomen.** Eugenische Praktiken und Gesetze waren und sind jedoch nicht ein auf die NS-Zeit beschränktes Phänomen. Auch nach 1945 wurden in ganz Europa eugenische Maßnahmen praktiziert. So wurden in Deutschland bis 1992 jährlich etwa 1.000 geistig behinderte Frauen ohne ihre Einwilligung sterilisiert. Möglich wurde das durch eine gesetzliche Regelung, die Zwangssterilisation erst ab dem 18. Lebensjahr verbot. Auch in den USA wurden bis 1974 zahlreiche kranke oder behinderte Menschen, StraftäterInnen und AfroamerikanerInnen sterilisiert. In Schweden bestand das Sterilisationsgesetz von 1941 unverändert bis 1975, in diesem Zeitraum wurden über 60.000 Menschen – vornehmlich Frauen – ohne Einwilligung unfruchtbar gemacht. Ähnlich lan-

sehen. Mit der modernen Humangenetik wurde ein weites Feld offener medizinethischer Fragen eröffnet. Schnell kommen dabei Argumente in die Nähe des sozialbiologischen Kosten-Nutzen-Denkens. Auch in Debatten über Sterbehilfe oder die Finanzierung des Gesundheitssystems wird immer wieder gefragt, ob sich intensive Behandlung alter Menschen überhaupt lohne. Diese Diskurse zeigen, dass das Thema Eugenik in seiner Brisanz keineswegs vom Tisch ist. Die historische Erfahrung sollte uns aber lehren, wie gefährlich die Erwägung von Kosten und Wert menschlichen Lebens ist und wie viel Vorsicht bei diesem Thema geboten ist. ◀

*Timon Jakli studiert Germanistik und Geschichte in Wien.*



# Verkaufsschlager Wunschkind

Die Ungleichverteilung des Wohlstands zwischen den Menschen dieser Welt zeigt sich bei der Frage der Fortpflanzung auf besonders traurige Art. Die Einen können ihren Kindern kaum das Nötigste geben, die Anderen halten sogar Kinder für etwas, das sich notfalls käuflich erwerben lässt. Und wo es KundInnen gibt, da entsteht auch ein Markt.

ANNA SCHILLER

**I**n Österreich gibt es kaum mehr Kinder, die zur Adoption freigegeben werden. Die allgemeine Verbreitung von Familienplanung, die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs und die gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz von Alleinerziehenden haben dafür gesorgt, dass fast alle Neugeborenen willkommen sind. Gleichzeitig gibt es aber relativ viele Menschen, deren Kinderwunsch auf natürlichem Weg nicht zu erfüllen ist. Auch die moderne Reproduktionsmedizin kann einem Drittel der PatientInnen nicht helfen.

**Zu wenig Nachwuchs?** In Mitteleuropa kommen auf ein zur Adoption freigegebenes Kind zwischen zehn und 15 potentielle Wahleltern. Um überhaupt eine Chance auf die Adoption eines österreichischen Kindes zu haben, muss man als Frau über 28 Jahre alt sein, als Mann über 30, und man sollte in „geeigneten“ sozialen Verhältnissen leben. Das meint nicht nur eine gute Einkommenssituation, sondern schließt auch Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare – die in Österreich nicht gemeinsam adoptieren dürfen – in der Praxis fast völlig aus. Die wohlhabenden, heterosexuellen Paare, die dieses Auswahlverfahren überstehen, warten durchschnittlich fünf Jahre auf ihr Wunschkind.

Die im Inland verfügbare Alternative, ein Pflegekind aufzunehmen, kommt für die meisten Menschen, die eine Familie wollen, leider nicht ernsthaft in Frage. Pflegekinder sind meist etwas ältere Kinder, die eine Vorgeschichte und leibliche Eltern haben. Obwohl auch Pflegekinder ein Teil ihrer neuen Familie werden können und sollen, entspricht das doch nicht den Vorstellungen ein Baby zu bekommen – und zwar ganz und unwiderruflich. Für die große Mehrheit der verhinderten Eltern führt der nächste Schritt daher nicht zu den Jugendämtern, sondern ins Internet. Außerhalb von Österreich und oft auch außerhalb der Le-

galität finden sich nämlich noch andere Möglichkeiten an ein Kind zu kommen. Die starke Nachfrage nach Babys hat einen internationalen Markt geschaffen. Gehandelt werden Menschen.

**Import.** Ein umstrittener, aber doch noch im Grenzbereich der juristischen Möglichkeiten gelegener Weg, ist die Auslandsadoption. Margot Zappe vom Verein *Eltern für Kinder* sprach 2006 im Ö1 Mittagsjournal von jährlich 74 Bewilligungen für Auslandsadoptionen in Wien. Diese Zahl erfasst nur die Adoptionen, die nach dem Haager „Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Adoption“ über die Vermittlung zugelassener Vereine und der zuständigen Jugendämter abgewickelt werden. Dieses Abkommen wurde als Maßnahme gegen den internationalen Kinderhandel geschaffen. Danach kann die Adoption ins Ausland immer nur die letzte Lösung sein, wenn alle Möglichkeiten im Heimatland ausgeschöpft sind. „Privat“ organisierte Adoptionen im Herkunftsland der Kinder berücksichtigen die Regeln des Abkommens nicht und sind in Österreich auch nicht legal. Trotzdem wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Je „schwieriger“ der Status der Eltern in spe ist, desto stärker werden diese in die Illegalität gedrängt. Denn eine Auslandsadoption, die den Standards des Haager Abkommens entspricht, erfordert die gleichen Voraussetzungen wie jede andere Adoption.

Längst nicht alle, die aus dem Ausland adoptieren wollen, sind skrupellose KinderhändlerInnen. Auslandsadoptionen können humanitäre (Neben-)Motive haben. Auch die besten Absichten können jedoch leider schlimme Folgen haben, wie das Beispiel Rumäniens beweist. In Rumänien wurden zwischen 1989 und 1991 laut UNICEF Österreich rund 10.000 Kinder von AusländerInnen adoptiert, nachdem Bilder der furchtbaren Zustände in rumänischen Kinderheimen um die Welt gegangen waren. Dass die meisten

dieser Kinder gar keine Waisen waren, sondern aus anderen Gründen in Heimen untergebracht, war kein Hindernis für die neu entstandene Branche der Adoptionsvermittlung, riesige Gewinne zu machen. Rumänien hat mittlerweile die Adoption ins Ausland ganz eingestellt, um die Gesetzeslage zum Schutz der Kinder zu verändern.

Es gibt bei Auslandsadoptionen große Unterschiede, doch leider kann selbst bei behördlich anerkannten österreichischen Vermittlungseinrichtungen Kinderhandel nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Und auch die Vereine selbst bekommen die Gratwanderung, auf der sie sich befinden, zu spüren. Michael Zündel, der den Verein *Brücke nach Äthiopien* gegründet hat, berichtet auf der Website [adoptionsberatung.at](http://adoptionsberatung.at): „Manche verwechseln Adoption mit einer Versandhaus-transfer und meinen ein Recht auf die „Anforderung eines Kindes“ zu haben, das so jung und hellhäutig wie möglich ist. Bei solchen Anfragen hilft der Verein nicht gerne weiter.“

**Gebären als Dienstleistung.** Noch einen Schritt weiter weg von der Achtung der Menschenwürde bewegen sich diejenigen, die eine Leihmutter in Anspruch nehmen. Leihmutter bedeutet, dass eine Frau den Embryo eines anderen Paares austrägt. Häufig wird die Leihmutter mit einer Eizellenspende kombiniert. Die wahrscheinlich älteste Form der Leihmutter greift überhaupt auf eine Eizelle der „Leihmutter“ zurück. Leihmutter ist in Österreich und vielen anderen europäischen Ländern verboten. Nach der österreichischen Gesetzgebung ist diejenige Frau die Mutter eines Kindes, die es geboren hat.

In Indien dagegen dürfen Frauen seit 2002 fremde Kinder gegen Bezahlung austragen. Der vergleichsweise niedrige Preis für ein so erlangtes Kinder-glück stellt für indische Verhältnisse ein kleines Vermögen dar, und so finden sich genügend Frauen, die Kinder für EuropäerInnen und AmerikanerInnen gebären, um damit sich selbst und ihre schon

vorhandenen Kinder vor dem Verhungern zu bewahren.

Fast noch billiger bekommt man ein Kind in der Ukraine oder in Georgien. Die Webseiten der Firmen, die daran verdienen, machen sehr deutlich, was für Vorteile ihre „Ware“ auszeichnet. Auf [leihmutter.com](http://leihmutter.com) kann man zum Beispiel lesen: „Die zukünftigen Eltern wie auch die Leihmutter bewahren das Geheimnis der Kindesgeburt von allen. Diejenigen, die sich zu diesem Schritt entschlossen haben, stoßen auf ihrem schweren und langen Wege auf Probleme: Mangelhaftigkeit der Gesetzgebung, Unverständnis seitens der Umgebung, zahllose technische und Alltagsschwierigkeiten. Sie haben Schweres durchgemacht, bevor Sie sich zum Leihmutter-schaftsprogramm entschlossen haben. Sie sind moralisch bereit, an die Hilfe einer Leihmutter zu greifen.“ Die Fehler entsprechen dem Originaltext, aber solche Kleinigkeiten werden verzweifelte Menschen nicht abhalten, an der Ausbeutung noch verzweifelterer Menschen mitzuwirken. Gleich daneben finden sich die Steckbriefe – inklusive Foto und Angabe der „ethnischen Zugehörigkeit“ – der verfügbaren Leihmütter und Eizellenspenderrinnen.

Auch in den USA, in den Niederlanden und in Großbritannien ist Leihmutter-schaft legal, und ein ganz alltäglicher Zweig der Reproduktionsmedizin. Die Kosten für eine Leihmutter-schaft sind dort aber erheblich höher, und bei allen moralischen Bedenken, die unberührt von der ökonomischen Situation bestehen bleiben, haben die meisten Leihmütter in diesen Ländern doch wenigstens eine echte Wahl. ◀

*Anna Schiller ist Doktorandin der Philosophie an der Universität für Angewandte Kunst Wien und leitet deren Koordinationsstelle für Genderfragen.*

<http://adoptionsberatung.at> (Projekt der „Kinder- und Jugendförderung – Pflegeelternverein Steiermark“)

[www.tdh.de](http://www.tdh.de) (deutsche Website von „terre des hommes“, suche nach Auslandsadoption)

<http://tirol.gbw.at/Archiv/maiertext.html> (Text zu Ethik und Leihmutter-schaft)

# „Es wird immer mehr selektiert“

**Ursula Naue ist Lektorin am Institut für Politikwissenschaften in Wien mit dem Schwerpunkt *Disability Studies*. Mit PROGRESS sprach sie über Reproduktion im Kontext von Behinderung, die Auswirkungen von Pränataldiagnostik und die Grenzverschiebungen in der Definition eines lebenswerten Lebens.**

**PROGRESS:** *Mit der Entwicklung der Pränataldiagnostik eröffnet sich ein völlig neues Spektrum an Entscheidungsgrundlagen für oder gegen die Fortführung einer Schwangerschaft. In den Vordergrund rückt die Frage: Wie verantwortlich ist es, ein behindertes Kind in die Welt zu setzen? Welche Veränderungen im öffentlichen Diskurs können in diesem Zusammenhang beobachtet werden?*

**URSULA NAUE:** Im Kontext von Biopolitik treffen wir unsere Entscheidungen nicht als Individuen, sondern eingebunden in eine Gesamtgesellschaft. Hier gilt es zunehmend als unverantwortlich, auch ökonomisch, ein behindertes Kind zur Welt zu bringen bzw. die Pränataldiagnostik überhaupt zu verweigern. Das weit verbreitete Argument des Leidens behinderter Kinder spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutsame Rolle. Behinderung wird zunehmend verhinderbar, ist also sozusagen nicht mehr notwendig. In diesem Zusammenhang laufen zwei Strömungen gegeneinander. Zum einen wird die Gesellschaft zunehmend barrierefreier gestaltet, auch in Österreich, was zum Beispiel so genannte behindertenfreundliche Rampen, Aufzüge, etc. betrifft. Völlig im Gegensatz dazu entwickelt sich die Tendenz, möglichst wenige Leute behindert sein zu lassen, möglichst wenige behinderte Kinder auf die Welt zu bringen. Daraus ergibt sich ein enormes Spannungsfeld.

*In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich auch die Frage, was als Behinderung klassifiziert wird. Ist es – unter anderem durch die Pränataldiagnostik – zu einer Verschiebung der Norm gekommen, was als lebbar und lebenswert gedacht wird bzw. werden kann?*

Grundsätzlich besteht das Problem, dass Behinderung bei einer Pränataldiagnostik in erster Linie als Krankheit verstanden wird. Behinderung ist aber keine Erkrankung, obwohl sie davon begleitet sein kann. Die Norm hat sich in diesem Zusammenhang massiv verschoben. Mittlerweile überlegen zum Beispiel Eltern ihr weibliches Kind abzutreiben, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass es in späterer Zukunft an Brustkrebs erkranken wird. Dabei ist es ja immer noch völlig unklar, welchen Anteil die Genetik und welchen Anteil das Leben, das Umfeld für eine solche Erkrankung einnimmt. Die Frage ist

hier: Wo setzen wir die Grenze, wann ist ein Leben nicht mehr lebenswert?

*Das heißt, die Vorstellung von einem lebenswerten Leben wird immer enger gefasst?* Ja. Die berühmte Gauss'sche Glockenfunktion definiert, was innerhalb der Norm liegt. Dabei lässt sich beobachten, dass die Grenze an den beiden Rändern sich immer mehr nach innen verschiebt. Es wird vermehrt selektiert, weil durch genetische Untersuchungen immer detaillierter mögliche Krankheitsbilder oder Behinderungen festgemacht werden können. Der Ansatz muss allerdings vielmehr sein, die Gesellschaft für Behinderungen zu adaptieren, anstatt behinderte Kinder nicht mehr auf die Welt zu bringen. Das Schulsystem beispielsweise sollte dabei weniger einen zaghafte Integrativen, als vielmehr einen inklusiven Anspruch stellen.

*Sehen Sie eine Instrumentalisierung der Debatte rund um einen Schwangerschaftsabbruch bei Behinderung – auch durch AbtreibungsgegnerInnen?*

Es ist unglücklich, dass sich in der Politik solche Diskurskoalitionen entwickeln. Gerade die radikaleren AbtreibungsgegnerInnen instrumentalisieren Behinderung und verweisen darauf, dass behinderte Menschen angeblich die gleichen Anliegen hätten. Mittlerweile gibt es Behindertenorganisationen, die sich davon distanzieren, aber vielleicht ist diese Distanzierung noch zu wenig fortgeschritten in Österreich. Das ist meiner Ansicht nach ein Entwicklungsschritt, der zunehmend stattfinden wird.

*In den USA hat vor einigen Jahren ein Fall für Aufsehen gesorgt, wo ein gehörloses Paar durch gezielte Samenspenderauswahl dafür gesorgt hat, ihr Kind ebenfalls gehörlos zur Welt zu bringen. Welche Selektion, welche Reproductive Choice ist gesellschaftlich zulässig und welche nicht?*

Diese *Reproductive Choice* wird nicht allen Menschen gleichermaßen zugestanden, hier kommt wieder die Anwendung einer bestimmten Norm ins Spiel. Die Norm der Pränataldiagnostik ist es, nicht gesundes Leben im Sinne von Behinderung auszuwählen. Wenn die Gesamtgesellschaft Gehörlosigkeit als Behinderung wahrnimmt, muss aus dieser Sicht eine gezielte Reproduktion natürlich unterbunden werden, weil sie als Missbrauch

verstanden wird. Gerade in Bezug auf Gehörlosigkeit ist sehr interessant, dass sich die Deaf Community, die sich vor allem in den USA entwickelt hat, selbst nicht als behindert sieht. Das amerikanische Paar konnte sich letztendlich durchsetzen, aber es wurde und wird mit vollkommenem Unverständnis bedacht. Es ist extrem schwer nachvollziehbar, warum sich Eltern ein gehörloses Kind wünschen. In diesem Zusammenhang stellt sich letztendlich immer die Frage, was uns als Mensch oder als – unter Anführungszeichen – vollkommene Person eigentlich ausmacht. Das Fehlen von Körperteilen oder Sinnen ist mit dieser Vorstellung nicht kompatibel. Die Vermischung von Ideal und Norm hat für Menschen, die nicht ganz hineinpassen, schwerwiegende Konsequenzen.

*Sehen Sie in diesen Irritationen auch ein Potenzial für ein Aufbrechen der restriktiven Norm?*

Das ist schwierig, weil sich im öffentlichen Diskurs wenig geändert hat. In diesem Zusammenhang fällt mir die Alison Lapper Plastik in London ein (siehe Infobox, Anm.), über die sich eine extrem kontroverielle Diskussion in den britischen Medien entwickelt hat. Die Leute waren schockiert: Wie kann eine Frau, deren Extremitäten fehlen, die also offensichtlich behindert ist, schwanger sein? Wie kann sie dann auch noch als Plastik an so einem bedeutenden Platz stehen? Die grundsätzliche Reaktion ist hier



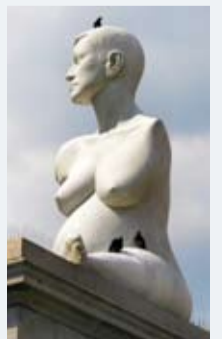
Foto: Kreissl

in erster Linie: Warum vermehren die sich überhaupt? Es ist etwas Abnormales, wenn sich behinderte Menschen vermehren. Es erfüllt in gewissem Maße die Funktion einer Freakshow: einerseits gibt es die Neugier, wie das überhaupt funktioniert, andererseits die Abscheu und den Drang, es zu verhindern. Da lässt sich auch ein geschlechtsspezifischer Unterschied bemerken: Während die Reproduktion von Männern mit Behinderung noch eher als normal gilt, sehen sich Frauen mit völligem Unverständnis konfrontiert. Man mutet, gesteht und traut ihnen nicht zu, Mutter sein zu können.

Das Interview führte Katharina Kreissl.

## INFOBOX

Von 2005 bis 2007 wurde am Londoner Trafalgar Square die Monumentalplastik *Alison Lapper Pregnant* ausgestellt. Marc Quinn modulierte die hochschwängere Künstlerin Alison Lapper, die ohne Arme und mit verkürzten Beinen geboren wurde, und löste damit eine landesweite Diskussion über Kunst und Behinderung aus.



# Relikt im Strafgesetzbuch

Susan war 16, Patrick 23, als sich die beiden Deutschen im Jahr 2000 kennenlernten. Heute haben sie vier Kinder miteinander und wünschen sich nichts mehr, als ein normales Familienleben führen zu dürfen. Doch die Gerichte haben Patrick nun bereits mehrfach zu Bewährungs- und Haftstrafen verurteilt: Er und Susan sind Geschwister.

MICHAEL LANGER

Das Sexualstrafrecht dient nach gängiger Auffassung dem Schutz der individuellen sexuellen Selbstbestimmung. Deswegen werden Übergriffe wie Vergewaltigung, sexueller Missbrauch und Missbrauch eines Autoritätsverhältnisses, die nicht selten eine lebenslange Traumatisierung der Opfer zur Folge haben, entsprechend bestraft. Im öffentlichen Diskurs kommt es allerdings oft zur Vermischung solch schwerer Delikte mit Tatbeständen, die vielleicht nichts weiter sind, als einvernehmliche sexuelle

Beziehungen: Wenn im Zusammenhang mit schweren Missbrauchsfällen in der Familie von „Inzest-Dramen“ die Rede ist, kann man das entweder als Verharmlosung des Verbrechens oder als verantwortungslose Erweiterung des Inzestbegriffs werten.

**Moral im Wandel der Zeit.** Die negative Konnotation des Wortes lässt sich aus der kulturhistorischen Entwicklung der Inzestverbote und -gebote erklären. Obwohl es eine Vielzahl gegensätzlicher Normen gab und gibt, herrscht(e) in den meisten Kulturen ein starkes Inzesttabu.

Während Kleopatra mit zweien ihrer Brüder verheiratet war und die Geschwisterehe in Ägypten bis zur Christianisierung auch im „normalen“ Volk weit verbreitet war, galten in Rom zur gleichen Zeit strenge Eheverbote selbst zwischen entfernten Verwandten. In vielen Kulturen war die Geschwister- und Vetternehe Angehörigen der Herrscherhäuser vorbehalten, man denke etwa an die verzwickten Verwandtschaftsverhältnisse im Hause Habsburg.

**Uneinheitliche Rechtslage.** Heute zeigt sich ebenfalls ein uneinheitliches Bild was die strafrechtliche Bewertung des Inzests anbelangt: In Frankreich wurde die Strafbarkeit bereits 1810 abgeschafft, andere Länder, wie Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Portugal, die Türkei, Japan, Argentinien, Brasilien und einige weitere lateinamerikanische Staaten folgten. Andernorts sind aktuell zumeist Verbote in Kraft. In Österreich sieht das Strafgesetz für das Delikt „Blutschande“ Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten („Beischlaf mit Geschwistern“), einem Jahr („Beischlaf zwischen Personen, die in gerader Linie verwandt sind“) bzw. drei Jahren („wer eine Person, mit der er in absteigender Linie verwandt ist, zum Beischlaf verführt“) vor.

**Die opferlose Straftat.** Der eingangs erwähnte Fall von Susan und Patrick hat in jüngster Zeit in Deutschland zu vielen Diskussionen geführt, inwiefern die straf-

rechtlichen Bestimmungen zum „Beischlaf unter Verwandten“ gerechtfertigt sind. Das deutsche Bundesverfassungsgericht befand die entsprechenden Gesetzespassagen im März 2008 zwar als verfassungskonform, allerdings gab es auch gewichtige Gegenstimmen: Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Winfried Hassemer, argumentierte, es sei nicht klar, wessen Rechte im Fall von volljährigen, konsensuell agierenden Geschwistern durch den Geschlechtsverkehr eingeschränkt würden. Auch die Verhinderung von Erbkrankheiten und Behinderungen sei keine geeignete Begründung für das Gesetz, da dies nicht als Aufgabe des Staates angesehen werde. Darüber hinaus gelte die Strafandrohung ja für jeglichen Geschlechtsverkehr, unabhängig von etwaigen Verhütungsmaßnahmen. „Es spricht viel dafür, dass die Vorschrift in der bestehenden Fassung lediglich Moralvorstellungen, nicht aber ein konkretes Rechtsgut im Auge hat“, so Hassemer.

Noch immer sehen viele Staaten die Notwendigkeit, in das Beziehungsleben mündiger BürgerInnen reglementierend einzugreifen. Mit welcher Berechtigung sie das tun, ist rational nur schwer zu erklären. Patrick muss jedenfalls wieder für 17 Monate ins Gefängnis. Sein Verteidiger hat angekündigt, das Urteil beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzufechten.

Michael Langer studiert die Unterrichtsfächer Mathematik und Psychologie/Philosophie in Graz.



REZENSIONEN

## Tabubrüche, geklont

Irgendwann in mittlerer Zukunft wird eine verwüstete Erde nur mehr von geklonten Neo-Menschen und einigen herumirrenden Horden von homines sapiens bevölkert. Kein Roman der letzten Jahre hat das Thema „geklonte Menschheit“ so aufgestärkt thematisiert wie Michel Houellebecq's *Die Möglichkeit einer Insel*. Seine Klonmenschen schafften es innerhalb einiger Klongenerationen, sich von allen menschlichen Übeln zu befreien und leben bar aller Gefühlsregungen und Zwischenmenschlichkeiten in ihren elektronisch gesicherten Residenzen, bis sie durch Selbstmord dem eigenen Altersverfall vorgreifen und ihre Nachfolgeexistenzen, imprägniert mit der Erinnerungswelt des Stammbaums, an ihre Stelle treten.

Noch düsterer als diese Zukunftsvision, ausgelöst durch ein wohlwollendes Zusammentreffen Houellebecq's mit der Raëlianer-Sekte, die 2002 behauptete, einen Menschen geklont zu haben, ist freilich seine Vision der Gegenwart. Houellebecq bleibt sich treu und klont die Hauptfiguren aus *Erweiterung der Kampfzone* und *Elementarteilchen* munter weiter: „Daniel1“ ist ein Entertainer, erfolgreich dank „erfrischend“ plumpen Herziehens über Araberinnen und Juden, dessen Weltbild als einzige Konstante seine sexuelle Bedürfnisbefriedigung kennt. Erst die Konfrontation mit der Jugend seiner viel jüngeren Freundin bringt sein Potenzbewusstsein ins Wanken. Messiasgleich erscheint da die Klonsekte, die angesichts der physischen Degradation Erlösung durch bewusstseinsgleiche Reproduktion verspricht – „Daniel2“ erscheint in alter Frische.

Der Anflug von naivem Moralismus, wenn schließlich die Klone „Daniel25“ mit „Mari23“ eine „Insel“ für eine undefinierte Zweisamkeit zwischen menschlicher Unzulänglichkeit und geklonter Sterilität suchen, ändert nichts an der Grundfrage, die dieser Roman aufwirft: Wieviel Zynismus und Menschenverachtung lassen sich literarisch genießen?

ghi

Michel Houellebecq, „Die Möglichkeit einer Insel“. Roman. DuMont-Buchverlag, Köln, 2005. 445 Seiten, EUR 24,90.



# Die Technisierung der Fortpflanzung

Der technische Eingriff in die menschliche Fortpflanzung sorgte in den 1980er Jahren für heftige Diskussionen rund um das Thema der Reproduktionsmedizin. Heute ist die künstliche Befruchtung gesetzlich geregelt, ein Standardverfahren in der Medizin und gesellschaftlich etabliert.

SIMONE SCHUMANN

Wirft man in diesen Tagen einen Blick in die österreichischen Zeitungen, so dominiert das Thema Stammzellenforschung, im Speziellen die vom englischen Unterhaus beschlossene Freigabe der Herstellung von Embryonen aus menschlichem Erbgut und tierischen Embryonen. In Österreich hagelt es Kritik: „Forschung wie bei Frankenstein“ titelte etwa am 21. Mai die *Kleine Zeitung*. Diese Reaktion ist in Österreich nichts Außergewöhnliches.

**Parallelen in der Berichterstattung** werden augenscheinlich, wenn wir uns an die Debatte zur Fortpflanzungsmedizin Anfang der 1980er Jahre erinnern. Die Stimmungslage in der Presse war eine Mischung aus kritisch, entrüstet und entsetzt. Befürchtungen, es könne durch die neuen Technologien zu einer künstlichen Menschenfabrikation oder Menschenzüchtung kommen und der Ruf nach einem Gesetz, das die reproduktionsmedizinischen Verfahren regelt, wurden laut. Mittlerweile wird das Verfahren der In-Vitro-Fertilisation (IVF) in der Medizin mit dem Prädikat „Standard“ oder „Konventionell“ versehen. Heute scheinen die Themen Gentechnologie und Stammzellenforschung in der öffentlichen Diskussion die bereits etablierte IVF abgelöst zu haben. Dies wirft eine zentrale Frage der Technikgeschich-

te auf, nämlich wie es möglich ist, technische Erneuerungen und Erfindungen in die Gesellschaft einzuführen, und diese zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

**Ziel der Technisierung** sei, laut dem deutschen Philosophen Hans Blumberg, die Etablierung, Normalisierung und Verselbstständigung der jeweiligen Technologie. Somit musste auch für die Reproduktionstechnologie ein gesellschaftlicher Anknüpfungspunkt geschaffen werden, der diese legitimiert und durch den erst eine Struktur von Angebot und Nachfrage entstehen konnte. Die ersten Forschungen zur IVF hatten nicht das Ziel, unfruchtbare Paare zu behandeln. Vielmehr wollte man mehr über den Prozess der Befruchtung erfahren. Erst später trat das Problem der Unfruchtbarkeit ins Rampenlicht und wurde in weiterer Folge zum Legitimationsgrund Nummer Eins der ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen. BefürworterInnen argumentierten damals wie GentechnikerInnen heute mit dem Leid der Betroffenen. Zu jener Zeit waren das unfruchtbare Paare, heute sind es Menschen, die an unheilbaren Erbkrankheiten leiden.

**Gesetz statt Diskussion.** Österreich zählte Anfang der 1980er Jahre weltweit zu den Pionieren, was die damals neuen Methoden der Reproduktionsmedizin betraf. So kam 1982 das weltweit fünfte IVF-Kind, der heute 27-jährige Kfz-

Mechaniker Zlatan Jovanovic, in Österreich zur Welt. Dessen „medizinischer Vater“ Wilfried Feichtinger entwickelte mit seinem Team die ultraschallgezielte transvaginale Eiblaschenpunktion, ein Meilenstein für die künstliche Befruchtung. Durch diese Methode mussten den Patientinnen nicht mehr in Vollnarkose durch die Bauchdecke Einzellen entnommen werden. Mitte der 1980er Jahre wurden die Stimmen der KritikerInnen immer lauter. Es kam zu einer ungewöhnlichen Koalition zwischen der damaligen sozialdemokratischen Frauenstaatssekretärin Dohnal und der österreichischen Bischofskonferenz. Damit nahm die Kirche aus zwei Gründen schon relativ früh eine ablehnende Haltung zur Reproduktionsmedizin ein. Argumente waren

auf der einen Seite die Würde des Lebens und der damit verbundene Schutz des Embryos und auf der anderen Seite die Heiligkeit der ehelichen Verbindung und die Verurteilung der Entkoppelung von Zeugung und ehelicher Sexualität. Die Frauenbewegung hingegen befürchtete eine Einschränkung der Rechte der Frauen, die zur Passivität verurteilt und zur Gebärmachmaschine degradiert werden würden. Diese Zweckgemeinschaft setzte sich durch. Derzeit hat Österreich eines der restriktivsten Fortpflanzungsmedizinengesetze weltweit, das sich seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1992 nur marginal geändert hat.

Simone Schumann studiert Soziologie in Graz.



REZENSIONEN

## Alles Bio oder Was?

„Gouvernementalität“ – und das ist die Kernthese des französischen Ideenhistorikers und Poststrukturalisten Michel Foucault – ist der Name für ein gesellschaftliches Dispositiv, das seit dem 19. Jahrhundert die Individuen konditioniert. War es in der vorangegangenen Epoche noch das Schwert des Souveräns, dem die sogenannte „Bevölkerung“ unterstand, so setzt mit dem Aufschwung des Liberalismus eine Transformation in der Art und Weise der Regierung ein: Der Staat zieht sich zunehmend zurück und überantwortet es den Einzelnen sich selbst zu kontrollieren. Die Selbstkontrolle der Individuen im Sinne einer verstärkten Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeit löst althergebrachte Formen der Disziplinierung ab.

Ziel dieser unsichtbaren Form der sozialen Kontrolle ist die Begrenzung von staatlicher Wohlfahrt und Fürsorge. Stattdessen wird das scheinbar „eigenverantwortliche“ Handeln und Selbstmanagement der BürgerInnen ins Zentrum gestellt. Die dazugehörigen Subjekte werden regierbar, indem „ihre Lebenserwartung, ihre Gesundheit, ihre Verhaltensweisen [...] in vielschichtigen und verwickelten Beziehungen zu diesen Wirtschaftsprozessen“ gesetzt werden. Im Rahmen dieser neuen Verflechtung von Ökonomie und Individuum wird der Körper zunehmend zum zentralen Angriffspunkt: Er ist die kleinste Einheit, durch die das Individuum seine Arbeitskraft reproduziert.

Die neuartigen Allianzen von Körper und Staat im (Neo)Liberalismus bestimmt Foucault als das, was unter dem Begriff der „Biopolitik“ in zahlreichen Debatten um Prekarisierung und Gesellschaftstheorie

herumgeistert. Insbesondere der zweite Teil von Foucaults zweibändiger *Geschichte der Gouvernementalität* beinhaltet neue Erkenntnisse zur Wirkungsweise dieses Machttypus. *Die Geburt der Biopolitik* ist als Fortsetzung und Ergänzung der Thesen zu sehen, die Foucault in *Sexualität und Wahrheit* entwickelt hat.

ede ◀

Michel Foucault, „Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II“. suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Frankfurt am Main, 2006. 517 Seiten, EUR 17,00.





Cartoon: Trattinig

## IMPRESSUM

**PROGRESS** – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 4/2008, Erscheinungsmonat: Juni

**Medieninhaberin:** Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**HerausgeberInnen:** Hartwig Brandl, Lisa Schindler, Verena Czaby

**Redaktion:** Theresa Aigner, Peter Putzer, Isabella Weiss

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** T. Aigner, A. Beer, A. Blüml, R. Bösch, W. Christl, B. Eder, K. Fallmann, A. Fanta, R. Fritz, B. Ganglbauer, M. Gloser, B. Hebenstreit, M. Heiling, P. Hense, M. Herwirsch, G. Hinker, T. Jakli, A. Jeitler, G. Joham, C. Kahla, K. Kreissl, L. Kreuzer, M. Langer, M. Maltchnig, J. Novak, M. Reß, R. Schachinger, L. Soyer, D. Piassoni, S. Platzgummer, P. Putzer, A. Schiller, S. Schumann, L. Soyer, I. Weiss, A. Wintersteller, W. Zwander

**Lektorat:** N. Abrahamczik, A. Ellmer,

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda

**Cover-Fotos:** C. Kurz, **Dossier-Fotos:** F. Rainer

**Inserate:** Wirtschaftsreferat

Artikelvorschläge können per E-Mail oder auf den regelmäßigen Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

Gratis-Abo anfordern! [www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)

**Telefon:** 01/310 88 80-61

**E-Mail:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Web:** [www.oeh.ac.at/progress](http://www.oeh.ac.at/progress)

**Auflage:** 100.000 Stück

**Druck:** Leykam, Neudörfl

## LeserInnenbriefe

An dieser Stelle möchten wir auch künftig ein Forum für Kritik und den Meinungs austausch unserer LeserInnen bieten. Zuschriften bitte mit vollständigem Namen und Adresse an [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at). Aus Platzgründen behalten wir uns eine Auswahl und Kürzungen vor. LeserInnenbriefe geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder.

### ZU HIER BIST DU SCHWEIN (3/08)

Sehr geehrte Frau Striedinger!

Die von Ihnen genannten Dinge sind zwar richtig, gestört haben mich aber die dummliche Fotomontage mit Baseballschläger usw., das Herausstreichen von „Fliegenscheisse“ vom sonst ansehnlichen Fußballteppich.

Gerade die letzten Fußballereignisse in den USA, Asien und speziell Deutschland waren zu 99 Prozent wahre Freudenfeste, was in aller Welt bestätigt wurde. Das eine Prozent wird's immer geben, sogar in der Familie, oder?! Ihre Beachtung fanden die 1 Prozent: OK, aber das Positive hätte man doch mehr hervorheben müssen. Und warum mussten – laut Foto offensichtlich harmlose, vergnügte – deutsche Jugendliche für diese dummliche Fotomontage herhalten, warum nicht das eigene Rot-Weiß-Rot?

Oder passt das mal wieder so schön ins Klischee deutscher Nazi-Glatzköpfe?

Mit freundlichen Grüßen,  
Alexander Meyer (via Mail)

#### Anmerkung der Redaktion:

Die Fotoauswahl erfolgte nicht durch die Autorin des Artikels. Die Verantwortung dafür tragen einzig und allein die Redaktion und der beauftragte Fotograf.

### ZUM SPORT-DOSSIER UND DEM COVERTHEMA DATENSCHUTZ (3/08)

Liebes Redaktionsteam,

als weltoffener Fußballfan möchte ich euch zum Sport-Dossier der letzten Ausgabe gratulieren, weil darin auch die gesellschaftlichen Aspekte des Fußballs beleuchtet werden, die in den meisten Boulevardmedien viel zu kurz kommen.

Der Artikel *Hier bist du Schwein* zeigt auf, dass das Motto „Brot und Spiele“ bis in die Gegenwart hinein von verschiedensten Machhabern für ihre Zwecke benutzt wird. Er spiegelt auch die Fan-Realität gut wider, die von hirnlosen Aggressionen in der Masse im Negativen bis zu Partystimmung und völkerverbindenden Freundschaften im Positiven reicht.

Lobenswert finde ich auch, dass ihr die wahnwitzigen Eingriffe in die Grund-

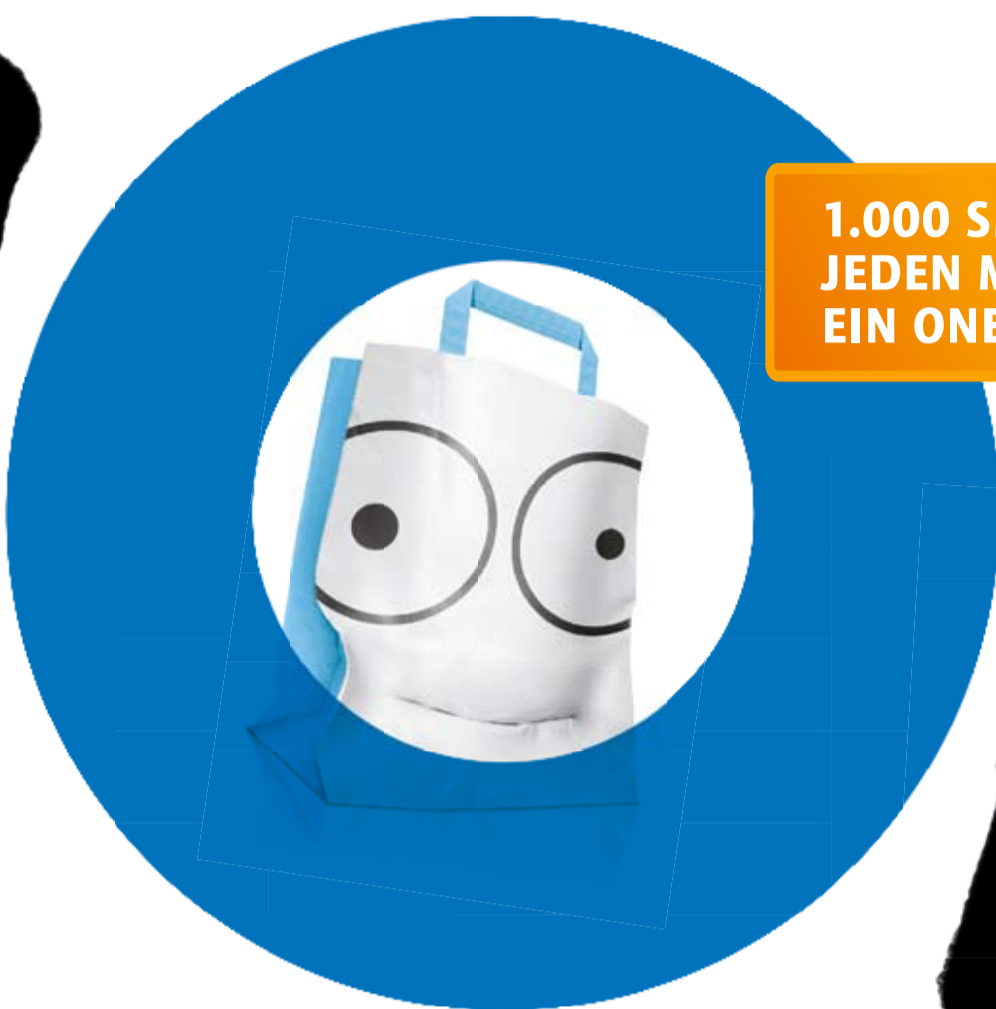
rechte thematisiert (Artikel „Emotionenpause machen“): Unter dem Vorwand der Sicherheit wird der Polizei plötzlich fast alles erlaubt, Grund- und Freiheitsrechte werden ausgehöhlt. Da ist der Weg zum Polizeistaat nicht mehr weit.

Den Pessimismus für das österreichische Team teile ich nicht ganz: Mag sein, dass die EM 2008 für das junge österreichische Nationalteam etwas zu früh kommt. Das ändert nichts daran, dass diesem Team im nächsten Jahrzehnt eine große sportliche Zukunft bevorsteht.

Liebe Grüße,  
Thomas Winkler, Wien

P.S.: „Thumbs up“ auch für eure generelle Wachsamkeit beim Thema Überwachungsstaat/Datenschutz und die kritische Haltung zum demokratiegefährdenden E-Voting.

# 10



**1.000 SMS GRATIS  
JEDEN MONAT  
EIN ONE LEBEN LANG**

**DIE GROSSE PLAUDERTASCHE  
0 CENT IN ALLE NETZE  
1.000 GRATIS SMS PRO MONAT  
10 EURO GRUNDGEBÜHR  
BIS JAHRESENDE**

**JETZT  
GRATIS  
AKTIVIERUNGSGEBÜHR  
+  
RUFNUMMERN-  
MITNAHME**

**NOKIA 5310  
XpressMusic**

- 2-Megapixel-Kamera
- 4-facher Digitalzoom
- UKW-Radio
- Bluetooth
- E-Mail-Client
- 30 MB Speicher
- 2 GB MicroSD-Card

**0,-**



**JETZT € 40,- BONUS** ZU JEDER  
NEUANMELDUNG IM WEBSHOP!  
[WWW.ONE.AT/WEBSHOP](http://WWW.ONE.AT/WEBSHOP)

Angebot gültig bei Neuanmeldung bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres zum Tarif Große Plaudertasche bis zum 30.06.2008 mit Sound & More Pack und 24 Monatsbindung. Bis zum 31.12.2008 wird eine monatliche Grundgebühr von € 10,- statt € 25,- in Rechnung gestellt. 0 Cent gelten für Anrufe in alle Mobilfunknetze und ins Festnetz im Gesamtausmaß von 1.000 Minuten. Danach stehen zusätzlich insgesamt 4.000 Minuten für Anrufe zu ONE sowie zur ONE Sprachbox zur Verfügung. Nach Verbrauch werden € 0,10/Minute in alle Netze verrechnet. Entgelte und Freiminuten österreichweit. Taktung 60/30. Aktion „Aktivierungsgebühr sparen und Gratis Rufnummernmitnahme“ gültig bis 30.06.2008. Entgelt für Rufnummernmitnahme (€ 19,-) wird auf einer der nächsten ONE Rechnungen gutgeschrieben. Mehr Infos auf [www.one.at/young](http://www.one.at/young)



Allianz Auslands-Krankenversicherung für Studierende.

# Sicher ins Auslandssemester.

Einfach informieren unter: [www.studierende.allianz.at](http://www.studierende.allianz.at)

Wenn's drauf ankommt, hoffentlich Allianz.

**Allianz** 

Partnerin der  
